

Bericht über das Geschäftsjahr 2025

HUK-COBURG-Krankenversicherung AG

37. Geschäftsjahr



Organe**Aufsichtsrat**

Prof. Dr. Heinrich R. Schradin	Professor im Institut für Versicherungswissenschaft an der Universität zu Köln, Köln, Vorsitzender
Dr. Edmund Schwake	stv. Vorstandsvorsitzender der Wüstenrot & Württembergische AG i. R., Weissach, stv. Vorsitzender
Thomas Bechtle	Gesamtbetriebsratsvorsitzender der HUK-COBURG, Laatzen
Silvia Bernreuther	Betriebsratsvorsitzende der HUK-COBURG, Coburg
Henrik Falk	Vorstandsvorsitzender der Berliner Verkehrsbetriebe, Berlin
Dr. Michael Pickel	Vorstandsvorsitzender der E+S Rückversicherung AG i. R., Hannover, seit 27.06.2025
Barbara Saunier	Geschäftsführerin der Beiersdorf Shared Services GmbH i. R., Dahme, bis 27.06.2025
Prof. Dr. Meike Tilebein	Universitätsprofessorin an der Universität Stuttgart, Leinfelden-Echterdingen
Prof. Dr. Michael Völler	Professorin im Institut für Versicherungswesen an der TH Köln, Köln
Adrian Zinke	stv. Betriebsratsvorsitzender der HUK-COBURG, Niederfüllbach

Beirat

Heinz-Werner Kramer	Diplomtheologe, Freiburg, Vorsitzender
Dr. Bernd Halstenberg	Diplomkaufmann, Berlin, stv. Vorsitzender
Norbert Bachmann	Regierungsrat, Rheurdt
Elke Cäsar	Dipl.-Finanzwirtin, Wachtberg
Prof. Dr. Anastasia Danilov	Professorin an der Humboldt-Universität zu Berlin, Köln
Dr. Anne Debus	Ministerialrätin, Erfurt
Dr. Ulf Garbotz	Ministerialrat, Remagen
Christiane Gieß	Leitende Regierungsdirektorin a. D., Haan
Dr. Stefan Jordan	Leitender Kriminaldirektor, Taunusstein
Prof. Dr. Dr. Peter Herbert Kann	Universitätsprofessor der Philipps-Universität Marburg, Marburg
Michael Laub	Versicherungsfachmann, Hauptmann a. D., Ruschberg
Nico Lützel	Dipl. oec., Controller am Universitätsklinikum Tübingen, Tübingen
Christiane Meißner	Dipl.-Verwaltungswirtin (FH), Kriminaloberkommissarin a. D., Wildeck Richelsdorf
Dr. Jörg Oltrogge	Geschäftsführer Landesbetrieb Verkehr i. R., Hamburg
Angelika Pendzich-von Winter	Ministerialdirigentin a. D., Kleinmachnow
Dr. Rupert Pritzl	Regierungsdirektor, Eurasburg
Daniela Schubert	Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des MdL Holger Dremel, Scheßlitz
Klaus Wittmann	Dipl.-Verwaltungswirt (FH), Schemfeld

Vorstand

Klaus-Jürgen Heitmann	Sprecher
Stefan Gronbach	
Dr. Hans Olav Herøy	bis 31.12.2025
Dr. Degenhard Meier	seit 01.09.2025
Dr. Helen Reck	
Dr. Jörg Rheinländer	
Thomas Sehn	
Daniel Thomas	

Verantwortliche Aktuarin

Antje Jabbour

**Treuhänder für das
Sicherungsvermögen**

Prof. Dr. Mirko Kraft	Professor an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg, Coburg, Treuhänder
Prof. Dr. Uwe Demmler	Professor an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg, Untersiemau, stv. Treuhänder

Berichtsjahr im Überblick

Im Berichtsjahr konnte die HUK-COBURG-Krankenversicherung wieder ein solides Bestandswachstum erzielen. Der Bestand nach Monatssollbeiträgen stieg um 4,6 % auf 161,4 Mio. €, die Zahl der vollversicherten Personen um 2.030 auf 428.562. Die Beitragseinnahmen stiegen auf 1.906,6 (Vorjahr: 1.825,6) Mio. €. Das Kapitalanlageergebnis belief sich auf 281,6 (Vorjahr: 224,9) Mio. €. Das Geschäftsergebnis erreichte 91,4 (Vorjahr: 44,0) Mio. €. Vom Geschäftsergebnis werden 73,3 (Vorjahr: 33,2) Mio. € der erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) und 5,6 (Vorjahr: 7,0) Mio. € der erfolgsunabhängigen RfB zugeführt. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit der HUK-COBURG-Krankenversicherung betrug 34,7 (Vorjahr: 17,5) Mio. €. Nach Steuern wurde ein Gewinn von 12,5 (Vorjahr: 3,9) Mio. € ausgewiesen.

Tatsächliche Entwicklung im Berichtsjahr im Vergleich zur Prognose des Vorjahres

Im Folgenden wird die tatsächliche Entwicklung wesentlicher Leistungsindikatoren im Berichtsjahr den im Vorjahr berichteten Prognosen im Rahmen des qualifiziert-komparativen Abgleichs gemäß des Deutschen Rechnungslegungs Standards Nr. 20 (DRS 20) gegenübergestellt. Die Aussagen leiten sich aus dem Orientierungsrahmen mit definierten Schwellen zur Einschätzung der Wesentlichkeit von Änderungen ab. Im Falle signifikanter Abweichungen werden die Einflussgrößen unter der Tabelle dargestellt.

Tatsächliche Entwicklung im Berichtsjahr im Vergleich zur Prognose des Vorjahres¹

Leistungsindikatoren	Prognose Vorjahr	Ist Berichtsjahr
Bestand nach Monatssollbeitrag	deutlicher Anstieg	deutlicher Anstieg
Gebuchte Bruttobeiträge	deutlicher Anstieg	deutlicher Anstieg
Ergebnis aus Kapitalanlagen	Vorjahresniveau	deutlicher Anstieg
Aufwendungen für Versicherungsfälle (brutto)	Vorjahresniveau	deutlicher Anstieg
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	deutlicher Anstieg	deutlicher Anstieg

¹ Die Entwicklung der Leistungsindikatoren kann unter Berücksichtigung der definierten Schwellen folgende Ausprägungen annehmen:

deutlicher Rückgang, leichter Rückgang, Vorjahresniveau, leichter Anstieg, deutlicher Anstieg

Das Ergebnis aus Kapitalanlagen lag infolge höherer laufender Erträge sowie höherer Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen deutlich über den geplanten Werten. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle fielen im Zuge der gestiegenen Leistungsantragseingänge und der allgemeinen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen deutlich höher als geplant aus.

Geschäft und Rahmenbedingungen

Umfang des Geschäftsbetriebes

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung betreibt unverändert in der Bundesrepublik Deutschland die folgenden Versicherungsarten:

- Krankheitskostenvollversicherung
- Krankentagegeldversicherung
- Krankenhaustagegeldversicherung
- Krankheitskostenteilversicherung
- Ergänzende Pflegezusatzversicherung
- Geförderte Pflegevorsorgeversicherung
- Pflegepflichtversicherung
- Beihilfeablöseversicherung
- Auslandsreisekrankenversicherung

Die übergreifenden Unternehmensfunktionen innerhalb der HUK-COBURG Versicherungsgruppe werden in der Konzern-Obergesellschaft HUK-COBURG Haftpflicht-Unterstützungs-Kasse kraftfahrender Beamter Deutschlands a.G. in Coburg, Coburg, (HUK-COBURG) ausgeführt.

Zugehörigkeit zu Verbänden

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung gehört dem Verband der Privaten Krankenversicherung e. V. sowie dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. an.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Im Berichtsjahr ergab sich insgesamt ein weitgehend stabiles rechtliches Umfeld.

Der aufsichtsrechtliche Rahmen für Versicherungsunternehmen unterliegt der regelmäßigen Überprüfung und Weiterentwicklung durch die europäischen und nationalen Institutionen.

Nach der Verabschiedung der geänderten Solvabilität-II-Richtlinie auf europäischer Ebene im Vorjahr wurde im Berichtsjahr darauf aufbauend die angepasste Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 von der EU-Kommission veröffentlicht. Nach der weiteren Konkretisierung durch technische Standards und Leitlinien sowie der Verankerung der Solvabilität-II-Richtlinie in der nationalen Gesetzgebung wird die aufsichtsrechtliche Berichterstattung grundsätzlich ab dem Berichtsjahr 2027 nach den neuen Regeln zu erstellen sein. Aus technischen Gründen wird die Erstanwendung bestimmter Änderungen im quantitativen Berichtswesen bereits für die vierte Quartals- bzw. Jahresmeldung 2026 in Erwägung gezogen.

Auch im Berichtsjahr bestand eine hohe Unsicherheit bezüglich des Zeitpunktes der nationalen Umsetzung der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD). Nach der fehlenden nationalen Umsetzung des vorliegenden Regierungsentwurfs des CSRD-Umsetzungsgesetzes gelten grundsätzlich die Anforderungen aus dem bisherigen Rechtsrahmen gemäß §§ 289b bis 289e HGB und die HUK-COBURG-Krankenversicherung unterlag im Berichtsjahr – wie in den Vorjahren – nicht der NFRD-Berichtspflicht. Nach der vorläufigen Trilogeinigung auf europäischer Ebene im Dezember 2025 zum sog. „Substance oder Content Proposal“ im Rahmen des EU-Omnibus-I-Paketes zur Vereinfachung der Nachhaltigkeitsberichterstattung, welche in einer CSRD-Änderungsrichtlinie mündet, wird der CSRD-Anwenderkreis voraussichtlich auf Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitenden und einem Jahresumsatz von mehr als 450 Mio. € reduziert. Nach der Verankerung im nationalen Recht wird die Gesellschaft somit voraussichtlich künftig nicht der CSRD-Berichtspflicht unterliegen.

Darüber hinaus ist seit 17.01.2025 der Digital Operational Resilience Act (DORA) anzuwenden.

Marktsituation

Die deutsche Wirtschaftsleistung ist 2025 – gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – anhand erster Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) real um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Nach Angaben der Bundesregierung legte das reale BIP leicht zu, getragen von steigenden Reallöhnen und einem verhaltenen Aufschwung im privaten Konsum. Die Sparquote der privaten Haushalte ging gegenüber 2024 auf 10,5 (11,2) % zurück. Die exportorientierte Wirtschaft bleibt aufgrund der schwachen Weltkonjunktur und geopolitischer Unsicherheiten gedämpft, zeigt jedoch erste Stabilisierungstendenzen.

Die deutsche Versicherungswirtschaft insgesamt verzeichnete nach vorläufigen Branchenangaben des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) im Berichtsjahr 2025 ein um 6,6 % auf 253,6 Mrd. € gestiegenes Prämienvolumen.

Die private Krankenversicherung (Krankenversicherung und Pflegepflichtversicherung) sah sich mit den bekannten Herausforderungen wie der stetig steigenden Versicherungspflichtgrenze oder dem Rückgang selbstständiger Tätigkeit konfrontiert. Die Entwicklung der Beitragseinnahmen war insbesondere von Tarifanpassungen geprägt. Nach Einschätzung des GDV erhöhten sich die gesamten Prämieinnahmen branchenweit um 7,3 % auf 54,4 Mrd. €. Positive Wachstumsimpulse auf das Beitragswachstum in der privaten Krankenversicherung ergaben sich zudem aufgrund einer weiterhin hohen Nachfrage nach Krankenzusatzversicherungen. Wachstumsschancen ergaben sich beispielsweise bei stationären Wahlleistungen und Zahnzusatzleistungen werden zukünftig auch noch weiter steigen.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Neugeschäft

Trotz schwieriger Marktbedingungen hat sich das Neugeschäft aus Sicht des Vorstandes besser als im Vorjahr entwickelt. Im Bereich der Zusatzversicherung konnten höhere Zuwächse erzielt werden und das Krankheitskostenvollversicherungsgeschäft stieg im Berichtsjahr leicht an und blieb somit weiterhin auf hohem Niveau. Im Berichtsjahr konnte die HUK-COBURG-Krankenversicherung (im policierten Neugeschäft inklusive Nachversicherungen) 264.054 versicherte Personen (+4,4 %) mit einem Monatssollbeitrag von 3,8 Mio. € (+2,9 %) als neue Kundinnen und Kunden gewinnen. Bei den Voll- und Zusatzversicherungen belief sich das Neugeschäft auf 76.980 versicherte Personen (+4,5 %) mit einem Monatssollbeitrag von 3,3 Mio. € (+3,8 %). In der Pflegepflichtversicherung steuerten 10.702 (-3,6 %) neue Kundinnen und Kunden einen Monatssollbeitrag von 0,3 Mio. € (-3,7 %) bei. Bei den besonderen Versicherungsformen, die die Beihilfeablöseversicherung und die Auslandsreisekrankenversicherung umfassen, erhöhte sich das Neugeschäft auf 176.372 versicherte Personen (+4,9 %) bei leicht gesunkenem Monatssollbetrag von 0,2 Mio. € (-0,3 %). Das Neugeschäft war vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen insgesamt zufriedenstellend.

Bestandsentwicklung

Der Bestand (ohne Pflegepflichtversicherung und besondere Versicherungsformen) betrug zum Jahresende 1.220.513 versicherte Personen mit einem Monatssollbeitrag von 136,6 Mio. €, was einem Zuwachs von 3,2 % bei den versicherten Personen bzw. 5,3 % beim Monatssollbeitrag entspricht. Hierbei entfielen auf die Krankheitskostenvollversicherung 428.562 versicherte Personen (+0,5 %) mit einem Monatssollbeitrag von 111,3 Mio. € (+5,3 %), auf die Krankentagegeldversicherung 71.286 versicherte Personen (-3,2 %) mit einem Monatssollbeitrag von 1,6 Mio. € (-10,8 %), auf die Krankenhaustagegeldversicherung 103.724 versicherte Personen (+0,4 %) mit einem Monatssollbeitrag von 0,5 Mio. € (-1,3 %) und auf die Krankheitskostenteilversicherung 735.373 versicherte Personen (+4,9 %) mit einem Monatssollbeitrag von 19,0 Mio. € (+6,6 %) sowie auf die Ergänzende Pflegezusatzversicherung 53.965 versicherte Personen (+1,8 %) mit einem Monatssollbeitrag von 2,9 Mio. € (+8,6 %) und auf die Geförderte Pflegevorsorgeversicherung 17.134 versicherte Personen (-2,4 %) mit einem Monatssollbeitrag von 1,3 Mio. € (+5,2 %).

Die Zahl der Verträge in der Krankenversicherung (ohne besondere Versicherungsformen) erhöhte sich um 3,7 % auf 1.039.341.

Der Bestand in der Pflegepflichtversicherung erreichte zum Ende des Berichtsjahres 450.025 (+0,2 %) versicherte Personen mit einem Monatssollbeitrag von 20,2 Mio. € (+1,2 %), bei 309.733 (+1,2 %) Verträgen.

Der Bestand der besonderen Versicherungsformen stieg bis Ende 2025 auf 1,6 Mio. Verträge mit 2,5 Mio. versicherten Personen bei einem Monatssollbeitrag von 4,6 Mio. €. Das entspricht einer Erhöhung von 1,5 % bei den Verträgen, 1,4 % bei den versicherten Personen sowie 0,2 % bei den Monatssollbeiträgen.

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Beiträge stiegen 2025, aufgrund von Beitragsanpassungen und dem leicht gestiegenen Neugeschäft, um 4,4 % auf 1.906,6 Mio. €. Darin enthalten sind Beiträge für die Krankheitskostenvollversicherung in Höhe von 1.316,1 (Vorjahr: 1.250,1) Mio. €, für die Krankentagegeldversicherung in Höhe von 19,7 (Vorjahr: 21,8) Mio. €, für die Krankenhaustagegeldversicherung in Höhe von 5,5 (Vorjahr: 5,7) Mio. €, für die Krankheitskostenteilversicherung in Höhe von 217,6 (Vorjahr: 204,5) Mio. €, für die Pflegepflichtversicherung in Höhe von 240,6 (Vorjahr: 237,8) Mio. €, für die Ergänzende Pflegezusatzversicherung in Höhe von 34,3 (Vorjahr: 31,6) Mio. €, für die Geförderte Pflegevorsorgeversicherung in Höhe von 16,0 (Vorjahr: 15,4) Mio. €, für die Beihilfeablöseversicherung in Höhe von 29,3 (Vorjahr: 32,6) Mio. € und für die Auslandsreisekrankenversicherung in Höhe von 27,4 (Vorjahr: 26,1) Mio. €.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich der Regulierungsaufwendungen stiegen insgesamt um 6,3 % auf 1.377,8 (Vorjahr: 1.296,7) Mio. €. Die Leistungsauszahlungen erhöhten sich spürbar im Zuge von Bestandwachstum und -alterung (z. B. langfristig häufigere und schwerere Krankheiten) sowie durch allgemeine Kostensteigerungen im Gesundheitswesen. Es entfielen auf die Krankheitskostenvollversicherung 1.045,9 (Vorjahr: 987,4) Mio. €, auf die Krankentagegeldversicherung 18,5 (Vorjahr: 19,5) Mio. €, auf die Krankenhaustagegeldversicherung 3,4 (Vorjahr: 3,5) Mio. €, auf die Krankheitskostenteilversicherung 168,2 (Vorjahr: 151,1) Mio. €, auf die Pflegepflichtversicherung 65,4 (Vorjahr: 56,7) Mio. €, auf die Ergänzende Pflegezusatzversicherung 10,5 (Vorjahr: 10,1) Mio. € und auf die Geförderte Pflegevorsorgeversicherung 10,2 (Vorjahr: 9,1) Mio. €. Der Anteil der besonderen Versicherungsformen betrug 55,7 (Vorjahr: 59,3) Mio. €. Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle nahm im Berichtsjahr um 19,7 (Vorjahr: 36,1) Mio. € zu.

Die Schadenquote – berechnet nach dem PKV-Kennzahlenkatalog – ist von 94,0 % auf 92,6 % gesunken.

Entwicklung der Deckungsrückstellung

Die Aufwendungen für die Dotierung der Deckungsrückstellung beliefen sich im Berichtsjahr auf 658,6 (Vorjahr: 671,6) Mio. €. Die Deckungsrückstellung erhöhte sich dadurch auf 11.091,6 (Vorjahr: 10.433,0) Mio. €.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für Abschlusskosten betragen im Berichtsjahr 52,6 (Vorjahr: 51,8) Mio. €. Die Abschlusskostenquote blieb unverändert gegenüber dem Vorjahr bei 2,8 %. Die Verwaltungskosten betragen 16,8 (Vorjahr: 15,9) Mio. € bei einer konstanten Verwaltungskostenquote von 0,9 %.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Der Kapitalmarkt zeigte sich insbesondere im ersten Halbjahr 2025 sehr volatil und war in der Gesamtjahresbetrachtung geprägt von einer äußerst positiven Entwicklung an den Aktienmärkten und einem Zinsanstieg bei langfristigen Laufzeiten.

Das laufende Ergebnis aus Kapitalanlagen belief sich im Berichtsjahr auf 305,5 (Vorjahr: 255,2) Mio. €, insbesondere beeinflusst durch den Anstieg der Erträge aus anderen Kapitalanlagen. Die laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen erhöhte sich auf 2,7 (Vorjahr: 2,4) %.

Das Kapitalanlageergebnis erhöhte sich von 224,9 Mio. € im Vorjahr auf 281,6 Mio. €. Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen erreichten 312,3 Mio. € (Vorjahr: 260,8 Mio.€). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren und höheren Erträgen aus Gewinnausschüttungen der Fonds.

Kapitalanlagen

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderungen	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Anteile an verbundenen Unternehmen	25,1	0,2	39,4	0,4	-14,3	-36,3
Beteiligungen	10,8	0,1	10,8	0,1	±0,0	±0,0
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.602,7	30,3	3.428,2	30,9	+174,6	+5,1
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.664,4	47,6	5.067,6	45,6	+596,8	+11,8
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	100,6	0,8	40,4	0,4	+60,3	+149,1
Namenschuldverschreibungen	1.794,6	15,1	1.773,0	16,0	+21,6	+1,2
Schuldscheinforderungen und Darlehen	703,3	5,9	748,7	6,7	-45,4	-6,1
Einlagen bei Kreditinstituten	2,0	0,0	0,0	0,0	+2,0	—
Gesamt	11.903,6	100,0	11.108,1	100,0	+795,5	+7,2

Die Zuschreibungen beliefen sich auf 8,5 (Vorjahr: 6,5) Mio. €. Aus dem Abgang von Kapitalanlagen ergaben sich Gewinne in Höhe von 21,2 (Vorjahr: 5,2) Mio. €.

Abschreibungen auf Kapitalanlagen wurden in Höhe von 50,3 (Vorjahr: 39,8) Mio. € vorgenommen. Die Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen betragen 3,4 (Vorjahr: 2,2) Mio. €. Insgesamt beliefen sich die Aufwendungen für Kapitalanlagen auf 60,4 (Vorjahr: 47,6) Mio. €.

Die Kapitalanlagen der HUK-COBURG-Krankenversicherung wuchsen im Berichtsjahr um 795,5 Mio. € bzw. 7,2 % (Vorjahr: 713,7 Mio. € bzw. 6,9 %) auf 11.903,6 Mio. €. Mit 47,6 % waren die Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere die größte Anlageposition. 30,3 % der Kapitalanlagen waren in Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, 15,1 % in Namenschuldverschreibungen investiert.

Die Vermögensstruktur war unverändert gegenüber dem Vorjahr geprägt durch Kapitalanlagen, die im Wesentlichen durch Eigenkapital und versicherungstechnische Rückstellungen finanziert wurden. Der laufende Liquiditätsbedarf ist grundsätzlich aus dem Versicherungsgeschäft heraus gedeckt und wurde bei der Anlageplanung berücksichtigt.

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen betrug 2,5 (Vorjahr: 2,1) %.

Geschäftsergebnis

Das Geschäftsergebnis der HUK-COBURG-Krankenversicherung belief sich im Berichtsjahr auf 91,4 (Vorjahr: 44,0) Mio. €.

Vom Geschäftsergebnis werden 73,3 (Vorjahr: 33,2) Mio. € der erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) und 5,6 (Vorjahr: 7,0) Mio. € der erfolgsunabhängigen RfB zugeführt. Die RfB-Zuführungsquote belief sich damit auf 3,9 (Vorjahr: 1,8) %.

Aus der erfolgsabhängigen RfB wurden 15,4 (Vorjahr: 50,7) Mio. € zur Limitierung von Beitragserhöhungen verwendet. Der Entnahmeanteil für Einmalbeiträge belief sich auf 24,6 (Vorjahr: 51,6) %. 47,1 (Vorjahr: 47,6) Mio. € wurden an die Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer ausgeschüttet, was einem Entnahmeanteil für Barausschüttung von 75,4 (Vorjahr: 48,4) % entsprach. Die RfB erreicht damit ein Gesamtvolumen von 244,0 (Vorjahr: 234,4) Mio. €. Die RfB-Quote erhöhte sich von 12,0 % im Vorjahr auf 12,1 %.

Die Überschussverwendungsquote lag im Berichtsjahr bei 90,0 (Vorjahr: 94,1) %.

Gesamtergebnis

Das versicherungstechnische Ergebnis stieg von 20,2 Mio. € auf 37,6 Mio. €. Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote erhöhte sich von 2,3 % auf 3,8 %. Das Ergebnis vor Steuern betrug 34,7 (Vorjahr: 17,5) Mio. €. Nach Steuern wurde ein Jahresüberschuss von 12,5 (Vorjahr: 3,9) Mio. € ausgewiesen.

Das Eigenkapital erhöhte sich im Berichtsjahr von 185,9 Mio. € auf 198,4 Mio. €. Die Eigenkapitalquote, bezogen auf die verdienten Beiträge, erreichte einen Wert von 10,4 (Vorjahr: 10,2) %.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung beschäftigt keine eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung und Risikomanagement

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung ist Teil der HUK-COBURG Versicherungsgruppe und in deren strategischen und organisatorischen Rahmen eingebunden. Die aus der Geschäftsstrategie abgeleitete Risikostrategie definiert das gruppenweit einheitliche Grundverständnis für das Eingehen, die Überwachung sowie die Steuerung von Risiken, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben könnten.

Die Vorgaben der Risikostrategie wurden im gesamten Berichtsjahr eingehalten und die Risikotragfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt gegeben. Die Eigenmittel des Unternehmens gehen deutlich über die Kapitalanforderungen hinaus und gewährleisten ein hohes Sicherheitsniveau.

Allgemeine Angaben zum Governancesystem

An der Spitze der HUK-COBURG Versicherungsgruppe steht das Mutterunternehmen HUK-COBURG, das das Versicherungsgeschäft nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit betreibt. Nach diesem Grundsatz arbeiten auch alle Tochtergesellschaften der Versicherungsgruppe. Entsprechend wurden Struktur, Rolle und Verantwortungsbereich der Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane festgelegt. Alle im Rahmen des Versicherungsbetriebs erforderlichen Funktionen wurden an die HUK-COBURG ausgelagert. Insbesondere sind die vier Schlüsselfunktionen Compliance-, Risikomanagement- und Versicherungsmathematische Funktion sowie Funktion der internen Revision mit einem entsprechenden Verantwortungs- und Aufgabenbereich zentral bei der HUK-COBURG eingerichtet und werden durch die bestellten und der BaFin angezeigten Ausgliederungsbeauftragten überwacht.

Die unternehmensspezifischen Kriterien für Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde aller Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselfunktionen innehaben, sind in einer Leitlinie dokumentiert. Durch die strikte Überprüfung und Einhaltung dieser Kriterien wird die Erfüllung der Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit sichergestellt.

Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Das Risikomanagementsystem verfolgt als oberstes Ziel den verantwortungsvollen Umgang mit Risiken, um die dauerhafte Sicherung der HUK-COBURG-Krankenversicherung sowie die Erhaltung ausreichender Sicherheitsmittel zu gewährleisten und damit die dauerhafte Erfüllung der Verpflichtungen und Leistungsversprechen gegenüber den Kundinnen und Kunden sicherzustellen. Hierzu ist es notwendig, dass alle bestehenden und zukünftig zu erwartenden Risiken erkannt und einem angemessenen Risikomanagementprozess unterworfen werden. Verantwortlich für die ordnungsgemäße Durchführung und Ausgestaltung dieses Prozesses ist die Risikomanagement-Funktion.

Die Risiken der HUK-COBURG-Krankenversicherung werden in den Fachbereichen dezentral erfasst und durch das zentrale Risikomanagement in einem Risikobestandsführungssystem konsistent zusammengeführt. Neue Risiken werden lau-

find identifiziert, bestehende Risiken aktualisiert und alle Risiken regelmäßig auf Wesentlichkeit geprüft. Mit allen Funktionsbereichen und Abteilungen werden Risikogespräche geführt, in denen insbesondere operationelle, strategische und Reputationsrisiken diskutiert und eingeschätzt werden. Grundlage für die Gespräche ist der verantwortungsvolle Umgang mit Risiken und damit die Förderung der Risikokultur.

Die Bewertung der Risiken innerhalb der HUK-COBURG-Krankenversicherung erfolgt aus regulatorischer und ökonomischer Sicht. Für die regulatorische Betrachtung wird die Solvabilitätskapitalanforderung gemäß der Solvabilität-II-Standardformel berechnet. Aus ökonomischer Sicht erfolgt die Bewertung der Risiken im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (englisch: Own Risk and Solvency Assessment, kurz: ORSA). Diese bildet die Basis für ein ganzheitliches Risikomanagementsystem und umfasst die Bewertung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie der Gesellschaft, des spezifischen Risikoprofils, der Risikotoleranz und der festgelegten Risikotoleranzschwellen. Weitere Bestandteile des ORSA stellen die Durchführung von Stresstests und Sensitivitätsanalysen sowie die Beurteilung der jederzeitigen Erfüllbarkeit der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Eigenmittel und versicherungstechnische Rückstellungen dar. Die Beurteilung der Wesentlichkeit von Abweichungen des Risikoprofils der HUK-COBURG-Krankenversicherung von den Annahmen, die der Berechnung der Standardformel zugrunde liegen, ist ebenfalls Inhalt des ORSA.

Den Rahmen für die Risikosteuerungsaktivitäten bildet das vom Vorstand vorgegebene Limitsystem. Dieses setzt sich aus aufsichtsrechtlichen Kennzahlen, Kennzahlen zur Wahrung der Risikotoleranz, Steuerungs- und Controllingkennzahlen sowie strategischen Kennzahlen auf operativer Ebene zusammen. Sämtliche Kennzahlen werden mit einem Ampelsystem verfolgt. Dieses System bildet die Basis für eine systematische Überwachung und Steuerung der Risiken und der Risikolage der HUK-COBURG-Krankenversicherung. Oberstes Ziel ist die jederzeitige Gewährleistung der Risikotragfähigkeit.

Die von der Risikomanagement-Funktion erstellten Berichte zur Risikoüberwachung informieren die Entscheidungsträger und den Aufsichtsrat unterjährig über die Entwicklung der wesentlichen Risiken sowie der im Limitsystem festgelegten Kennzahlen.

Die Berichte zu Limitfestsetzung und konsolidiertem Risikobestand sowie die Ergebnisse des ORSA-Prozesses fließen in den ORSA-Bericht ein und enthalten bei Bedarf sich daraus ergebende Maßnahmenvorschläge.

Risikoprofil

Das Risikoprofil der HUK-COBURG-Krankenversicherung wird im Wesentlichen von den Risikokategorien Markt- und versicherungstechnische Risiken bestimmt. Darüber hinaus werden zur Einschätzung der Lage der Gesellschaft Liquiditäts- und Ausfallrisiko, operationelle, strategische und Reputationsrisiken betrachtet.

Des Weiteren berücksichtigt die HUK-COBURG-Krankenversicherung in ihrem Risikomanagementsystem Nachhaltigkeitsrisiken, die sich aus der ESG-Strategie ableiten. Derartige Risiken umfassen Ereignisse oder Bedingungen in den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung und können auf Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und die Reputation der Gesellschaft wirken. Nachhaltigkeitsrisiken stellen keine eigene Risikokategorie dar, sondern realisieren sich in verschiedenen Risikokategorien, insbesondere in dem versicherungstechnischen Risiko, dem Marktrisiko, den Reputationsrisiken und den strategischen Risiken. Sie können dabei als transitorische Risiken durch die Umstellung auf eine kohlenstoffarme Kreislaufwirtschaft mittels politischer Maßnahmen (z. B. Kohleausstieg, CO₂-Besteuerung), zu hoher Investitionskosten (z. B. Gebäudesanierung) oder mittels neuer Technologien (z. B. Elektromobilität) entstehen. Im Rahmen des ORSA werden Klimastresstests für materielle Nachhaltigkeitsrisiken durchgeführt.

Chancen und Risiken aus dem Versicherungsgeschäft

Ziel der HUK-COBURG-Krankenversicherung ist es, den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Deutschland ein ausschließlich an deren Bedarf ausgerichtetes Versicherungsangebot zu äußerst günstigen Konditionen in Leistung, Preis und Service anzubieten. Die Gesellschaft legt Wert auf verständliche Produkte mit risikogerechten und fair kalkulierten, günstigen Preisen. Die ausgeprägte Kundenorientierung und die hohe Mitarbeiterflexibilität tragen dazu bei, dass die HUK-COBURG-Krankenversicherung schnell auf geänderte Bedarfe am Markt reagieren kann. Gleichzeitig ist es selbstverständlich, dass das Unternehmen den Kundinnen und Kunden bei Vertragsangelegenheiten und im Leistungsfall als verlässlicher Partner zur Seite steht. Mit dieser strategischen Ausrichtung sieht sich die Gesellschaft am Versicherungsmarkt

hervorragend aufgestellt und kann an Chancen, die der Markt in der Sparte Krankenversicherung bietet, umfangreich partizipieren.

Ziel der Krankenversicherung ist es, der Zielgruppe ein geeignetes und bedarfsgerechtes Produktspektrum anzubieten, um nachhaltig zu wachsen. Durch Mitbewerbervergleiche und die Auswertung von Marktforschungs- und Ratingergebnissen wird dies regelmäßig überprüft. Bei Produktvergleichen werden Top-Platzierungen angestrebt, zusätzlich profitieren die Kundinnen und Kunden von einer attraktiven Beitragsrückerstattung bei Leistungsfreiheit sowie einer guten Beitragsstabilität. Bei erforderlichen Beitragsanpassungen wird eine offene und transparente Kommunikation angestrebt. Positiv wirken sich eine effiziente Risikoprüfung, Bestandsbearbeitung und Leistungsprüfung auf die nachhaltige Ertragskraft aus, welche auch durch den Ausbau digitaler Services unterstützt wird.

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung bietet Versicherungsschutz im Bereich der Krankheitskosten-, der Krankenhaustagegeld-, der Krankentagegeld-, der Pflege- sowie der Beihilfeablöse- und der Auslandsreisekrankenversicherung an. Sie bietet Zusatzversicherungen zudem auch im Rahmen einer Kooperation mit der BARMER an.

Aufgrund der mit der Krankenversicherung oft verbundenen langen Laufzeit der Verträge ist eine Bewertung der Verpflichtungen und Risiken grundsätzlich mit einer Reihe von Unsicherheiten verbunden. Diese Unsicherheiten resultieren im Wesentlichen aus den biometrischen Risiken, d. h. der ungewissen künftigen Inanspruchnahme von Leistungen bei Erkrankung, Erwerbsunfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit und der Lebenserwartung, wie auch dem Stornoverhalten der Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer. Externe Faktoren wie die künftige Entwicklung der Kosten im Gesundheitswesen oder Änderungen des gesetzlichen Umfelds können hier maßgeblichen Einfluss haben. Aber auch interne Faktoren wie die Bestandszusammensetzung oder die Kosten des Versicherungsbetriebes können Unsicherheiten verursachen. Die Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft werden im Wesentlichen in den versicherungstechnischen Rückstellungen abgebildet.

Wahlrechte auf Seiten der Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer in dem Sinne, dass diese einseitig das Leistungsversprechen, die Pflicht zur Beitragszahlung oder die Beitragshöhe des laufenden Vertrages verändern können, bestehen im Wesentlichen bei Tarifwechseln, Anpassungen versicherter Tagegelder an den persönlichen Bedarf und der Nachversicherung von Kindern oder Ehegatten unter bestimmten Voraussetzungen.

Die Versicherungsverträge können von den Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmern grundsätzlich im Rahmen der gesetzlichen bzw. vertraglichen Bestimmungen ordentlich gekündigt werden. Sonderkündigungsrechte bestehen für die Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer im Wesentlichen nur bei Beitragsanpassungen. Die Kündigungsmöglichkeiten des Versicherungsverhältnisses durch den Versicherer sind zum Schutze der Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer stark eingeschränkt.

Durch die Besonderheit der Krankenversicherung, die einzelnen Tarife einer jährlichen Überprüfung und gegebenenfalls Beitragsanpassung zu unterziehen, werden die mit der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen verbundenen Unsicherheiten auf relativ kurze Zeiträume beschränkt. Dies gilt insbesondere für die biometrischen Risiken, die Bestandszusammensetzung sowie den Rechnungszins.

Die jährliche Überprüfung der Tarife und gegebenenfalls Anpassung der Kalkulations- bzw. Rechnungsgrundlagen und Beiträge ist das zentrale Element bei der Behandlung der Risiken aus dem Krankenversicherungsgeschäft. Dabei wird zunächst geprüft, inwieweit die erforderlichen Leistungen und Sterbewahrscheinlichkeiten noch mit den kalkulierten Werten übereinstimmen. Erreicht eine Abweichung eine bestimmte Größenordnung und ist sie voraussichtlich dauerhaft gegeben, werden die Kalkulationsgrundlagen für Krankheit, Verdienstausfall oder Pflegebedürftigkeit, Sterblichkeit, Storno, Kosten und Zins mit angemessener Vorsicht aktualisiert und die Beiträge, sofern die unabhängige mathematische Treuhänderin bzw. der unabhängige mathematische Treuhänder dem zustimmt, auch bei den laufenden Verträgen angepasst. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit belegen, dass durch die Entwicklung der Kosten im Gesundheitsbereich eine Anpassung der Beiträge meist in hinreichend kurzen Zeitabständen möglich ist. Hier bestehen aufgrund des Geschäftsmodells der privaten Krankenversicherung nur geringfügige versicherungstechnische Risiken.

Darauf aufbauend erfolgt eine Ermittlung und Bewertung der versicherungstechnischen Verbindlichkeiten und Risiken nach aufsichtsrechtlichen und unternehmenseigenen Vorgaben, wobei auch mögliche Abhängigkeiten zwischen den Risiken berücksichtigt werden. Die Bewertung wird im Wesentlichen getrennt nach der Laufzeit der Verträge, der vorgesehe-

nen Überschussbeteiligung sowie der rechnungsmäßigen Verzinsung der Verpflichtungen vorgenommen. Sowohl die Methoden als auch die verwendeten Daten sind darauf ausgerichtet, die versicherungstechnischen Risiken hinsichtlich der Schwankungen und Veränderungen von Leistungsanspruchnahme und Kosten auf möglichst vorsichtige, verlässliche und objektive Art und Weise zu ermitteln. Dabei werden auch extreme Ereignisse wie z. B. eine Pandemie oder Optionen und Garantien auf Seiten der Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer berücksichtigt. Risikomindernd wirken sich bei der Bewertung der Risiken die Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern und die künftige Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer aus.

Aufgrund der Entwicklung an den Kapitalmärkten mussten bei zurückliegenden Beitragsanpassungen über die Jahre hinweg die Rechnungszinsen gesenkt werden. Neben den Steigerungen der Kosten im Gesundheitswesen wirkte dieser Effekt bei Beitragsanpassungen zusätzlich erhöhend auf die Beiträge. Die verbesserte Lage an den Kapitalmärkten wirkt sich nun bei notwendigen Aktualisierungen der Rechnungsgrundlagen mildernd auf die resultierenden Beitragshöhen aus. Die zukünftigen Erwartungen sind allerdings mit hohen Unsicherheiten verbunden. Auch existieren noch keine längerfristigen Erfahrungen, wie z. B. Mitbewerber auf die Zinsentwicklungen reagieren und wie dies die eigene Marktposition und die Neugeschäftsentwicklung beeinflussen wird. Andererseits besteht weiterhin marktweit eine hohe Kostensteigerung im Gesundheitswesen, die sich mittelfristig erhöhend auf die Beiträge in der PKV, kurzfristig aber negativ auf die Ertragslage auswirken kann.

Das versicherungstechnische Konzentrationsrisiko ist gering. Es werden keine Spezial- oder Nischenprodukte angeboten. Damit wird eine ausgewogene Mischung an Risiken im Bestand gewahrt. Mit dem aus ganz Deutschland bestehenden Geschäftsgebiet werden zudem lokale Konzentrationen von Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmern weitgehend vermieden.

Chancen und Risiken aus Kapitalanlagen

Die aktuelle Finanzmarktsituation wie auch die Markterwartungen bilden die Rahmenbedingungen für die Kapitalanlage der Gesellschaft. Dabei werden Faktoren wie Wirtschaftswachstum, Zinspolitik sowie die Preis- und Währungsentwicklung beobachtet. Die Einschätzungen werden ständig überprüft und in die Anlageentscheidung einbezogen. Zielsetzung der Kapitalanlagestrategie ist es, unter der Nebenbedingung der Kapitalsicherung Erträge zu generieren, um in Verbindung mit der Passivseite die jederzeitige Bedienung der Verpflichtungen sicherzustellen und die Attraktivität der Produkte zu fördern. Bei der Auswahl einzelner Kapitalanlageprodukte werden Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt. Im Zeitablauf wird ein möglichst stabiles handelsrechtliches Ergebnis angestrebt. Volatilitäten, bezogen auf das Jahresergebnis, sollen begrenzt werden.

Zur Absicherung von Beständen, zur Generierung von Zusatzerträgen und zur Erwerbsvorbereitung werden bei Aktien und Rententiteln sowie Währungen derivative Finanzinstrumente unter strategischen und taktischen Gesichtspunkten eingesetzt.

Mit dieser Anlagestrategie kann die HUK-COBURG-Krankenversicherung an den sich im Finanzsektor bietenden Ertragschancen angemessen partizipieren.

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen das Markt- und das Liquiditätsrisiko. Zur Verminderung der Risiken aus Kapitalanlagen besteht eine Reihe von rechtlichen Regelungen, die von der HUK-COBURG-Krankenversicherung in vollem Umfang erfüllt werden. Zur weiteren Verminderung des Anlagerisikos wurden außerdem umfangreiche innerbetriebliche Richtlinien geschaffen, an deren Einhaltung die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebunden sind. Der grundsätzlich mit höheren Risiken behaftete Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten und strukturierten Papieren stellt für die HUK-COBURG-Krankenversicherung keine bedeutende Risikoposition dar.

Neben Zins Swaps und strukturierten Produkten werden zur Kurssicherung der Aktienbestände Optionen, zur Währungsabsicherung Devisentermingeschäfte sowie zur Absicherung der Bestände an Unternehmensanleihen Credit Default Swaps eingesetzt. Futures auf Aktienindizes werden zur Kurssicherung, Beta-Steuerung in aktiv gemanagten Fonds und Quotensteuerung genutzt. Die Kapitalanlagen sind hinsichtlich Regionen, Branchen und Währungen ausreichend diversifiziert. Derzeit sind unbeherrschbare Risikokonzentrationen nicht erkennbar. Risikolimits werden regelmäßig verfolgt, um daraus gegebenenfalls Anpassungen des Sicherungsumfangs abzuleiten. Aus den Sicherungsgeschäften selbst sind zum aktuellen Zeitpunkt keine wesentlichen Risiken zu erkennen.

Marktrisiko

Das Marktrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern. Es umfasst Preisrisiken aus Aktien und sonstigen Anteilen, Zins-, Spread- und Immobilienrisiken, Marktrisikokonzentrationen sowie Währungsrisiken.

Zur Steuerung der Marktrisiken dienen der HUK-COBURG-Krankenversicherung die intensive Marktbeobachtung und -analyse, die kontinuierliche Anpassung der Portfoliozusammensetzung und die Simulation der Entwicklung stiller Reserven und Lasten bzw. Abschreibungen. Zur Quantifizierung der Marktrisiken werden im Rahmen des Risikomanagements Sensitivitätsanalysen und Simulationsrechnungen (Stresstests) durchgeführt.

Die Kapitalanlagen der HUK-COBURG-Krankenversicherung weisen zum 31.12.2025 stille Reserven in Höhe von 321,4 Mio. € (Vorjahr: 324,0 Mio. €) und stille Lasten in Höhe von 998,7 Mio. € (Vorjahr: 810,6 Mio. €) auf. Letztere sind hauptsächlich bei festverzinslichen Wertpapieren und Sonstigen Ausleihungen im Wesentlichen aufgrund des starken Zinsanstiegs im Jahr 2022 aufgetreten und führten zu einer Unterdeckung des Sicherungsvermögens nach Zeitwerten. Daraus ergeben sich aufgrund einer guten Bonitätseinschätzung der Emittenten kaum unmittelbare bilanzielle Risiken, weil die Papiere überwiegend zu Nennwerten bzw. Anschaffungskosten im Anlagevermögen angesetzt werden. Auf Aktienbestände bestehen keine stillen Lasten. Ein Rückgang der Aktienkurse um 20 % würde zu einer Verminderung der Zeitwerte um 80,2 Mio. € führen. Unter Berücksichtigung getätigter Absicherungen reduzieren sich die Auswirkungen des Kursrückgangs auf 76,1 Mio. €. Bei den festverzinslichen Wertpapieren und Sonstigen Ausleihungen würde eine Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben zu einer Verminderung des Zeitwerts um 721,1 Mio. € führen. Bei einem Zinsanstieg sind auch weitere Abschreibungen möglich, allerdings aufgrund der überwiegenden Bilanzierung zu Nennwerten bzw. Anschaffungskosten im Anlagevermögen in deutlich geringerem Umfang.

Das Zinsrisiko besteht darin, dass der tarifabhängige rechnungsmäßige Zins auf Dauer nicht durch die Kapitalanlageergebnisse erwirtschaftet werden kann. Dieses Risiko ist nur für den Zeitraum bis zur nächsten Beitragsanpassung vorhanden, da der Rechnungszins dabei an die entsprechenden Erfordernisse angepasst werden kann. Bei der Kalkulation eines neuen Tarifes oder einer Beitragsanpassung wird der rechnungsmäßige Zins zudem durch den aktuariellen Unternehmenszins (AUZ) beschränkt.

Die derzeitige Portfoliostruktur birgt im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere aufgrund des dominierenden Anteils von Emittenten im Investment-Grade-Bereich keine erhöhte Risikoposition. Dies gilt auch für Unternehmensanleihen. Die Bonitätseinstufung der Emittenten wird laufend überwacht. Dazu werden für Unternehmensanleihen die Anteile pro Branche und Emittent begrenzt und die internen Vorgaben hinsichtlich Mischung und Streuung beachtet. Zudem werden im Zeitablauf eingetretene Ratingänderungen beobachtet und in die Steuerung der Anlagestruktur einbezogen.

Anteile der Ratingklassen in %

	AAA-A	BBB-B	CCC-C	NR
Festverzinsliche Wertpapiere	75,7	23,2	0,0	1,1
Sonstige Ausleihungen	82,5	8,2	0,0	9,3
Gesamt	77,5	19,1	0,0	3,4

Der Bestand an verzinslichen Anlagen ist breit diversifiziert und mit 92,7 % fast ausschließlich im Investment-Grade-Bereich (AAA-BBB) investiert. 41,7 % des Portfolios bestehen gegenüber staatlichen und staatsgarantierten Emittenten, 22,3 % gegenüber Banken sind durch eine besondere Deckungsmasse geschützt und 36,0 % betreffen Banken und andere Unternehmen ohne besondere Deckungsmasse. Die Risikoexposition wird laufend beobachtet.

Im Zuge des Übergangs in eine nachhaltige Wirtschaft können Veränderungen einschlägiger Rahmenbedingungen zu Wertverlusten im Kapitalanlagebestand führen, welche aus der Neubewertung von Aktien und Anleihen aufgrund bislang nicht eingepreister Kosten resultieren und als Nachhaltigkeitsrisiken dem Aktien- bzw. Spreadrisiko zuzuordnen sind.

Die Werthaltigkeit der Immobilien- und Infrastrukturinvestments wird regelmäßig überprüft. Marktrisiken werden im Rahmen der Wertermittlung berücksichtigt. Ein Rückgang der Zeitwerte der Immobilieninvestments um 10 % entspricht einer Wertminderung um 133,7 Mio. €.

Die Marktrisikokonzentrationen bezeichnen das Risiko, das sich dadurch ergibt, dass das Unternehmen einzelne Risiken oder stark korrelierte Risiken im Bereich der Kapitalanlagen eingeht, die ein bedeutendes Ausfallpotenzial haben. Wie die gesamte deutsche Versicherungsbranche weist auch die HUK-COBURG-Krankenversicherung wesentliche Risikopositionen gegenüber inländischen Banken auf. Diese Papiere sind zu wesentlichen Teilen besichert. Entwicklungen von Anlagegeschwerpunkten werden durch detaillierte Auswertungen laufend überwacht.

Währungsrisiken werden in begrenztem Umfang eingegangen, um die weltweite Diversifikation zu nutzen. Der Anlagebestand in Fremdwährung wird unter Beachtung der Risikotragfähigkeit streng limitiert.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den Zahlungsverpflichtungen insbesondere aus Versicherungsverträgen nicht jederzeit nachkommen zu können. Die Liquidität wird durch die Aufstellung von Finanzplänen gesteuert. Zur Feinsteuerung wird der kurzfristige Finanzplan eingesetzt, in dem täglich alle Zahlungseingänge und -ausgänge der kommenden zwei Monate erfasst werden. Zudem wird monatlich ein Finanzplan aktualisiert, der alle ein- und ausgehenden Zahlungsströme der kommenden zwölf Monate enthält. Durch den Planungszeitraum von fünf Jahren lassen sich darüber hinaus eventuelle Liquiditätslücken in der Zukunft erkennen. Die aufgestellten Finanzpläne zeigen eine ausreichende Liquiditätsversorgung. Der laufende Liquiditätsbedarf ist grundsätzlich aus dem Versicherungsgeschäft heraus gewährleistet und wird bei der Anlageplanung berücksichtigt.

Weitere Systeme zur Risikominderung

Durch das Portfoliomanagementsystem werden externe und interne Limite laufend technisch überwacht und Risikoanalysen sowie detaillierte Szenariorechnungen und Performanceanalysen durchgeführt.

Ausfallrisiko

Das Ausfallrisiko ist das Risiko, dass fällige Zahlungen eines Schuldners nicht beglichen werden.

Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmern darf in der substitutiven Krankenversicherung wegen der Versicherungspflicht auch bei Beitragsrückstand nicht gekündigt werden. Im Rahmen des Forderungsmanagements wird bereits frühzeitig einem möglichen Ausfall entgegengewirkt. Zur Berücksichtigung des Ausfallrisikos von Beitragsforderungen sind ausreichende Pauschal- und Einzelwertberichtigungen gebildet worden. Die ausstehenden Forderungen, deren Fälligkeitszeitpunkt am Bilanzstichtag mehr als 90 Tage zurückliegt, betragen bei der HUK-COBURG-Krankenversicherung 13,3 Mio. €. Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Jahre, gemessen an den gebuchten Bruttobeiträgen, belief sich auf 0,04 %. Das verbleibende bilanzielle Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegen Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler spielt aufgrund des Volumens möglicher Ausfälle grundsätzlich für die Entwicklung der Gesellschaft keine bedeutsame Rolle.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken entstehen im Rahmen der ausgegliederten Tätigkeiten in betrieblichen Systemen oder Prozessen, insbesondere in Form von betrieblichen Risiken, die aus IT- oder Immobilien-Betrieb sowie aus menschlichem Versagen resultieren. Operationelle Risiken umfassen darüber hinaus rechtliche Risiken aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen sowie das Risiko, dass sich die Aufbau- und Ablauforganisation als nicht angemessen herausstellt.

Eine wesentliche Rolle spielt hinsichtlich des Risikos aus dem IT-Betrieb die adäquate Unterstützung der Geschäftsprozesse durch die Informationstechnologie. Durch mögliche Systemausfälle kann es z. B. zu einer unzureichenden Kundenbetreuung kommen. Auf Basis eines umfangreichen Sicherheitskonzepts zur Datenverarbeitung wird diesen Risiken begegnet.

Die Risiken aus Cyberkriminalität bleiben nach wie vor hoch, u. a. auch angetrieben durch weltweite Konflikte. Mobiles Arbeiten hat sich im Unternehmen etabliert. Damit geht ein höheres Risiko einher, weil in zunehmendem Maß auch außerhalb der gesicherten Umgebung des Unternehmens gearbeitet wird, wodurch eine erhöhte Anfälligkeit für Social Engineering vermutet wird. Ransomware-Angriffe stellen aber unverändert die größte cyberkriminelle Bedrohung dar. Auf der Angreiferseite entwickelt sich eine professionelle cyberkriminelle Arbeitsteilung. Neue Angriffsmethoden werden als Dienstleistung angeboten und damit vielen Angreifern zugänglich gemacht. Auch künstliche Intelligenz wird hierfür zunehmend genutzt. Neben den auch zukünftig zu betreibenden und auszubauenden präventiven Maßnahmen zur Verhinderung erfolgreicher Angriffe ist es notwendig, sich weiterhin auf Maßnahmen zur frühzeitigen Erkennung von erfolgreichen Angriffen und die Reaktion darauf zu fokussieren, um auch im Falle einer erfolgreichen Attacke die größtmögliche Operationsfähigkeit und Fähigkeit zur Wiederherstellung betroffener Systeme zu gewährleisten.

Die Handhabung von Ausnahmesituationen ist in Handbüchern zum Business Continuity Management dokumentiert. Die Verhaltens- und Verfahrensregelungen zur inneren und äußeren Sicherheit sind in einer Richtlinie als Teil des Informationssicherheitsmanagementsystems zusammengefasst und werden vom Beauftragten für physische Sicherheit verantwortet.

Das Risiko fehlerhafter Bearbeitung oder doloser Handlungen wird durch stichprobenhafte Prüfungen von Bearbeitungsvorgängen minimiert. Daneben unterliegen alle Auszahlungen und Verpflichtungserklärungen strengen Berechtigungs- und Vollmachtsregelungen, sodass dolose Handlungen verhindert oder zumindest erschwert werden. Darüber hinaus wird allgemein im Bereich der Personalrisiken durch eine effiziente Stellenbesetzungs- und Nachfolgeplanung, die Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gruppe sowie durch verstärkte Personalmarketingmaßnahmen einem Personalengpassrisiko und dem Risiko aus mangelnder Qualifikation vorgebeugt. Ergänzend wirken die Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Die personalwirtschaftliche Situation des Unternehmens wird im Rahmen des Personalcontrollings kontinuierlich überprüft, um Personalrisiken frühzeitig zu identifizieren und geeignete Maßnahmen zu entwickeln.

Rechtliche Risiken aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen schließen zivil- und handelsrechtliche sowie bilanz- und steuerrechtliche Risiken ein. Diesen Risiken wird durch das rechtzeitige Ergreifen angemessener Maßnahmen wie der Überprüfung und Anpassung von Verträgen und Bedingungen oder der Neuauflage von Tarifen begegnet. Die laufende Verfolgung möglicher neuer Regelungen und Gesetzentwürfe gewährleistet, dass auf Veränderungen frühzeitig reagiert werden kann. Entsprechend der laufenden Berichterstattung zu einzelnen Gerichtsurteilen können unabhängig von der Frage einer rechtlichen Bindungswirkung Imageverluste entstehen. Wesentliche Risiken sind hieraus allerdings derzeit nicht erkennbar. Das Risiko, dass sich Beitragsanpassungen als unwirksam erweisen könnten, wird derzeit als begrenzt für die Gesellschaft angesehen.

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung bedient sich der Aufbau- und Ablauforganisation der HUK-COBURG. Das Risiko aus Aufbau- und Ablauforganisation besteht darin, dass die systematisch gestalteten organisatorischen Maßnahmen und Kontrollen in den einzelnen Organisationseinheiten bzw. in den Einzelgesellschaften und in der Versicherungsgruppe nicht angemessen oder wirksam sind. Durch die Implementierung eines wirksamen und funktionsfähigen Internen Kontrollsystems sowie dessen planmäßige Überwachung durch die Interne Revision wird diesem Risiko entgegengewirkt. Der Minimierung der Risiken aus fehlerhafter Bearbeitung dienen darüber hinaus auch die umfassende maschinelle Unterstützung von Arbeitsabläufen und die ständige Erweiterung dieses Instrumentariums.

Strategische Risiken und Reputationsrisiken

Strategische Risiken können sich für die HUK-COBURG-Krankenversicherung aus strategischen Geschäftsentscheidungen und aus deren Nichtanpassung an ein geändertes politisches und wirtschaftliches Umfeld ergeben. Für das strategische Risiko sind überwiegend externe Faktoren maßgeblich, die das politische, ökonomische, technologische, soziale und ökologische Umfeld betreffen.

Daher sind laufend Anpassungsbedarfe an geänderte Kundenbedürfnisse zu identifizieren und Anpassungen vorzunehmen, die Produktpalette gegebenenfalls zu aktualisieren, auf Veränderungen der Wettbewerbssituation zu reagieren, die Vertriebskanäle den Marktgegebenheiten anzupassen und technologische Fortschritte zu nutzen und politische Rahmenbedingungen bei strategischen Entscheidungen zu berücksichtigen.

In regelmäßigen Sitzungen des Vorstandes, in Ressort- und Abteilungsbesprechungen, ergänzt um strategische Arbeitsgruppen, und im Rahmen des Dialogs zwischen Prozessverantwortlichen und Risikomanagement-Funktion werden die Ergebnisse der laufenden Beobachtung des externen Umfelds analysiert. Durch eine sich daraus gegebenenfalls ergebende Prüfung und Anpassung der Geschäfts- und Risikostrategien – im jährlichen Turnus oder ad hoc – sowie eine konsequente Umsetzung der Änderungen in den betreffenden Abteilungen wird den strategischen Risiken der Gesellschaft begegnet.

Strategische Entscheidungen erfolgen stets auch unter Beachtung der Reputation des Unternehmens.

Durch negative Darstellungen in der Öffentlichkeit können für die HUK-COBURG-Krankenversicherung Reputationsrisiken entstehen. Ursache solcher negativen Darstellungen könnten beispielsweise unzufriedene Kundinnen und Kunden sein, die sich an die Öffentlichkeit wenden, aber auch Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen, deren Interessen der HUK-COBURG-Krankenversicherung entgegenstehen. Auch unter Betrachtung nichtfinanzieller Aspekte sind derzeit keine wesentlichen Risiken für die Reputation der HUK-COBURG-Krankenversicherung erkennbar. Dazu trägt auch die vorbeugende Öffentlichkeitsarbeit der Gesellschaft bei. So begegnet die HUK-COBURG-Krankenversicherung den beschriebenen Reputationsrisiken zum einen durch eine intensive Beobachtung der öffentlichen Meinung, inklusive der sozialen Medien, um schnell auf negative Darstellungen reagieren zu können. Zum anderen pflegt die Gesellschaft eine bewusste, dauerhafte und offene Kommunikation mit der Öffentlichkeit mit dem Ziel, Verständnis für das Agieren des Unternehmens zu wecken.

Zusammenfassende Darstellung der Chancen- und Risikolage

Durch ihre bedarfsgerechte Produkt- und Preispolitik sieht sich die HUK-COBURG-Krankenversicherung gut aufgestellt und beabsichtigt, die sich bietenden Chancen am Markt konsequent weiter zu nutzen. Zudem unterstützt ein systematisches Innovationsmanagement die Weiterentwicklung des Geschäfts- und Betriebsmodells. Gleichzeitig kann durch die ausgewogene Kapitalanlagepolitik angemessen an den Finanzmarktentwicklungen partizipiert werden. Die HUK-COBURG-Krankenversicherung berücksichtigt ökologische, soziale und Governance-Aspekte im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit.

Das Risikomanagement der HUK-COBURG-Krankenversicherung ist so gestaltet, dass Risiken, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage auswirken könnten, frühzeitig erkennbar sind. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen und/oder von neu auftretenden Risiken wird gewährleistet, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen begegnet werden kann.

Die aufsichtsrechtlich nach § 89 VAG erforderliche Ausstattung mit Eigenmitteln in Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung wird deutlich übererfüllt.

Bericht des Vorstandes über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Zum 31.12.2025 besitzt die HUK-COBURG-Holding AG, Coburg, 100,0 % der Anteile am Grundkapital der HUK-COBURG-Krankenversicherung AG.

Der gemäß § 312 AktG aufgestellte Abhängigkeitsbericht des Vorstandes enthält folgende Schlussfolgerung:

»Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch nicht benachteiligt worden. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse des herrschenden Unternehmens oder mit einem mit ihm verbundenen Unternehmen sind im Berichtsjahr 2025 nicht getroffen oder unterlassen worden».

Voraussichtliche Entwicklung

Marktprognosen

In der privaten Krankenversicherung erwartet der GDV für 2026 ein Beitragswachstum von +10,5 %. Dies beruht auf einer Reihe von Einflussfaktoren. Zum einen dürften sich die zuletzt deutlich gestiegenen Gesundheitskosten in spürbaren Beitragsanpassungen – vor allem in der Vollversicherung – bemerkbar machen, zum anderen hält der Trend, mit privaten Zusatzversicherungen die Leistungen der GKV zu ergänzen, weiter an. Nicht zuletzt dürften Arbeitgeber im Wettbewerb um Fachkräfte und im Sinne einer langfristigen Unternehmensbindung ihrer Beschäftigten vermutlich auch künftig vermehrt auf Produkte der betrieblichen Krankenversicherung (bKV) und der betrieblichen Pflegezusatzversicherung (bPV) setzen.

Insbesondere vor dem Hintergrund der anhaltenden internationalen Konflikte und der weiteren konjunkturellen Entwicklung sind die versicherungswirtschaftlichen Prognosen mit hoher Unsicherheit behaftet.

Unternehmensentwicklung

Das Unternehmen geht für den Prognosezeitraum davon aus, dass sich die Kapitalanlagestruktur nicht wesentlich ändert sowie eine ausreichende Liquiditätsversorgung sichergestellt ist.

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung geht davon aus, dass 2026 der Bestand nach Monatssollbeiträgen und die Beitragseinnahmen deutlich ansteigen. Diese Steigerungen sind dabei nicht nur auf Beitragsanpassungen zurückzuführen, sondern auch auf das weiterhin gute Neugeschäft in der Krankenzusatzversicherung.

Der Bestand an vollversicherten Personen geht nach dem Anstieg im Berichtsjahr leicht zurück. Die Gesellschaft erwartet – aufgrund der attraktiven Produkte, die durch unabhängige Ratingagenturen mehrfach ausgezeichnet worden sind – ihre Marktpositionierung halten zu können. Zudem arbeitet die HUK-COBURG-Krankenversicherung traditionell mit sehr niedrigen Abschluss- und Verwaltungsaufwendungen, sodass Produkte mit einem sehr guten Preis-Leistungs-Verhältnis angeboten werden können.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle werden 2026 nach einem starken Anstieg im Berichtsjahr noch mal spürbar steigend erwartet. Bei dieser Einschätzung werden neben dem Bestandswachstum auch Aspekte des medizinischen Fortschritts, der Inflation und der Bestandsalterung berücksichtigt.

Im Kapitalanlagebereich wird von Zinsen leicht unterhalb des Niveaus zum Berichtsjahresende ausgegangen, zudem wird für die Aktienindizes ein Rückgang gegenüber den hohen Ständen zu Ende 2025 erwartet. Bei wachsendem Kapitalanlagebestand wird das Kapitalanlageergebnis auf Niveau des Berichtsjahres erwartet, da dieses u.a. von höheren Beteiligungserträgen profitiert.

Gestiegene Risiken ergeben sich im Beurteilungszeitraum hinsichtlich des weiteren Verlaufs geopolitischer Krisen und der konjunkturellen Entwicklung. Die Prognosen sind mit einer sehr hohen Unsicherheit behaftet.

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung geht für das Jahr 2026 von einem deutlich verbesserten Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit aus. Insgesamt wird mit einer spürbar verbesserten RfB-Zuführung, aber auch mit einem deutlich höheren Jahresüberschuss nach Steuern gerechnet.

Es wird erwartet, dass auch über den Prognosezeitraum die aufsichtsrechtlich nach § 89 VAG erforderliche Ausstattung mit Eigenmitteln in Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung deutlich übererfüllt wird.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für die HUK-COBURG tätig waren, danken wir für den auch im Jahr 2025 gezeigten Einsatz. Unser Dank gilt ebenso unserem Kooperationspartner BARMER und allen weiteren Vertriebspartnern für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.



Lagebericht

Bestätigung des Lageberichts

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im vorgelegten Lagebericht der HUK-COBURG-Krankenversicherung AG dargestellte Geschäftsverlauf und das Geschäftsergebnis sowie die Lage der Gesellschaft den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Gleiches gilt für die Beschreibung der Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft.

Coburg, den 3. März 2026

Der Vorstand

Heitmann

Gronbach

Dr. Meier

Dr. Reck

Dr. Rheinländer

Sehn

Thomas

Bilanz zum 31.12.2025

Aktivseite

	2025		2024	
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			361.034,38	146.620,90
B. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		25.129.341,22		39.444.352,28
2. Beteiligungen		10.844.365,57		10.844.365,57
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		3.602.729.181,51		3.428.150.691,04
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		5.664.371.539,02		5.067.598.239,41
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		100.647.127,53		40.396.807,98
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	1.794.571.281,05			1.772.968.166,85
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	703.306.530,64			748.713.533,10
		2.497.877.811,69		2.521.681.699,95
5. Einlagen bei Kreditinstituten		2.000.000,00		—
		11.903.599.366,54		11.108.116.156,23
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	14.121.392,40			14.428.593,11
2. Versicherungsvermittler	6.458,87			827.103,08
		14.127.851,27		15.255.696,19
II. Sonstige Forderungen		6.305.193,20		71.797.912,77
davon gegenüber verbundenen Unternehmen:				
€ — (Vorjahr: Tsd. € 55.750)				
		20.433.044,47		87.053.608,96
Übertrag		11.924.393.445,39		11.195.316.386,09

	2025		2024	
	€	€	€	€
Übertrag		11.924.393.445,39		11.195.316.386,09
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		52.810,51		79.180,40
II. Andere Vermögensgegenstände		<u>1.107.058,35</u>		<u>391.137,54</u>
		1.159.868,86		470.317,94
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		100.799.155,30		87.575.522,15
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>16.283.284,02</u>		<u>22.078.300,37</u>
		117.082.439,32		109.653.822,52
Summe der Aktiva		12.042.635.753,57		11.305.440.526,55

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Coburg, den 3. März 2026

Prof. Dr. Kraft, Treuhänder

Passivseite

	2025		2024	
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital	66.000.000,00		66.000.000,00	
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	33.000.000,00		33.000.000,00	
		33.000.000,00		33.000.000,00
II. Kapitalrücklage		50.037.243,88		50.037.243,88
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	1.022.583,76		1.022.583,76	
2. andere Gewinnrücklagen	101.836.184,75		97.936.184,75	
		102.858.768,51		98.958.768,51
IV. Jahresüberschuss		12.500.000,00		3.900.000,00
			198.396.012,39	185.896.012,39
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		13.062.100,00		12.366.100,00
II. Deckungsrückstellung		11.091.563.304,00		10.432.992.479,00
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		353.521.185,00		333.817.333,00
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. erfolgsabhängige	229.920.032,01		219.162.895,33	
2. erfolgsunabhängige	14.059.463,65		15.211.301,43	
		243.979.495,66		234.374.196,76
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		375.000,00		354.000,00
			11.702.501.084,66	11.013.904.108,76
Übertrag			11.900.897.097,05	11.199.800.121,15

	2025		2024	
	€	€	€	€
Übertrag			11.900.897.097,05	11.199.800.121,15
C. Andere Rückstellungen				
I. Steuerrückstellungen		14.349.229,91		6.746.204,30
II. Sonstige Rückstellungen		<u>2.872.786,31</u>		<u>4.760.587,40</u>
			17.222.016,22	11.506.791,70
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	94.243.036,44			89.246.721,23
2. Versicherungsvermittlern	<u>206.597,38</u>			<u>15,00</u>
		94.449.633,82		89.246.736,23
II. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>26.602.056,08</u>		<u>3.893.197,75</u>
davon:				
aus Steuern:				
38.627 € (Vorjahr: 387 Tsd. €)				
gegenüber verbundenen Unternehmen:				
25.122.871 € (Vorjahr: — Tsd. €)				
			121.051.689,90	93.139.933,98
E. Rechnungsabgrenzungsposten			3.464.950,40	993.679,72
Summe der Passiva			12.042.635.753,57	11.305.440.526,55

Die Deckungsrückstellung in Höhe von 11.091.563.304,00 € ist gemäß § 156 Abs. 2 VAG berechnet.

Coburg, den 3. März 2026

Jabbour, Verantwortliche Aktuarin

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 01.01. bis 31.12.2025

	2025	2024
	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung		
a) Gebuchte Bruttobeiträge	1.906.594.308,81	1.825.552.697,49
b) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-696.000,00	-613.900,00
	1.905.898.308,81	1.824.938.797,49
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung	22.115.149,16	55.408.612,27
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	11.679.797,90	2.292.340,96
davon:		
aus verbundenen Unternehmen:		
10.651.059 € (Vorjahr: 1.919 Tsd. €)		
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	300.575.266,96	258.525.994,63
c) Erträge aus Zuschreibungen	8.499.181,51	6.484.532,14
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	21.204.318,87	5.206.606,47
	341.958.565,24	272.509.474,20
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung	20.785.254,88	10.355.170,40
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung		
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	1.358.063.366,48	1.260.592.275,61
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	19.703.852,00	36.120.040,00
	1.377.767.218,48	1.296.712.315,61
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen		
a) Deckungsrückstellung	-658.570.825,00	-671.572.387,00
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen	-21.000,00	696.000,00
	-658.591.825,00	-670.876.387,00
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung		
a) erfolgsabhängige	73.298.747,14	33.172.819,53
b) erfolgsunabhängige	5.557.900,47	6.950.985,05
	78.856.647,61	40.123.804,58

	2025	2024
	€	€
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung		
a) Abschlussaufwendungen	52.576.048,20	51.826.607,60
b) Verwaltungsaufwendungen	16.793.547,05	15.899.894,00
	69.369.595,25	67.726.501,60
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	6.710.981,85	5.612.371,31
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	50.252.229,16	39.787.583,51
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	3.405.200,78	2.203.612,06
	60.368.411,79	47.603.566,88
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung	8.198.838,06	20.009.014,29
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	37.604.741,90	20.160.464,40
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	2.709.775,96	1.659.223,75
2. Sonstige Aufwendungen	5.567.855,39	4.315.215,89
	-2.858.079,43	-2.655.992,14
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	34.746.662,47	17.504.472,26
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	22.116.841,37	13.491.989,99
5. Sonstige Steuern	129.821,10	112.482,27
	22.246.662,47	13.604.472,26
6. Jahresüberschuss	12.500.000,00	3.900.000,00

Maßgebliche Rechnungslegungsvorschriften

Die Gesellschaft wird als „HUK-COBURG-Krankenversicherung AG“ beim Amtsgericht Coburg im Handelsregister unter der Nummer „HRB 1537“ mit Sitz in Coburg geführt.

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des HGB sowie unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Soweit ergänzende Angaben aus der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung ersichtlich sind, werden diese im Anhang nicht gesondert erläutert.

Die Gesellschaft betreibt aktuell weder passives noch aktives Rückversicherungsgeschäft, das einen gesonderten Ausweis im Jahresabschluss erforderlich macht.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Allgemeines

Für die Bilanzierung und Bewertung der Aktiva und Passiva haben wir die Grundsätze des HGB angewendet.

Leerposten werden gemäß § 265 Abs. 8 HGB nicht angegeben.

Währungsumrechnung

Für die auf fremde Währung lautenden Kapitalanlagen wird gemäß § 256a HGB der Wert in Originalwährung zum Devisenkassamittelkurs am Stichtag in Euro umgerechnet. Bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wird dabei das Anschaffungskostenprinzip beachtet. Dabei werden die Grundsätze des strengen Niederstwertprinzips angewandt.

Die zum Bilanzstichtag bestehenden Fremdwährungsverbindlichkeiten werden zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet.

Ab- und Zuschreibungen aufgrund von Währungskursschwankungen sind unter Abschreibungen auf Kapitalanlagen bzw. Erträge aus Zuschreibungen ausgewiesen.

Umrechnungsgrundlage zur Ermittlung der Währungskursgewinne und -verluste ist der Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag.

Aktiva

Immaterielle Vermögensgegenstände

Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, aktiviert. Die planmäßige Abschreibung erfolgt linear über eine Nutzungsdauer von fünf bis zehn Jahren.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Sie werden zu Anschaffungskosten bzw. zu den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert.

Beteiligungen

Sie werden zu Anschaffungskosten bzw. zu den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Der Ansatz der Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Aktien, die wie Anlagevermögen behandelt werden, werden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB bewertet. Wie Umlaufvermögen behandelte Aktien werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Anteile oder Aktien an Investmentvermögen, die wie Anlagevermögen behandelt werden, werden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB in Verbindung mit § 341b Abs. 2 HGB mit ihrem Zeitwert bzw. dem beizulegenden Wert aufgrund vorübergehender zinsinduzierter Wertminderung bewertet.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Ansatz der Inhaberschuldverschreibungen erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag wird nach der Effektivzinsmethode bis zum Laufzeitende aufgelöst. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden, sofern sie dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wie Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB bewertet. Die Bewertung der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere, deren Restlaufzeit weniger als ein Jahr beträgt, erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip.

Bei Inhaberschuldverschreibungen und Sonstigen Ausleihungen, deren Verzinsung variabel ist, erfolgt regelmäßig eine Absicherung der Zinsänderungsrisiken durch Receiver Zins Swaps. Bei einzelnen Inhaberschuldverschreibungen und Sonstigen Ausleihungen erfolgte eine Absicherung gegen steigende Zinsen durch Payer Zins Swaps. Die Absicherung des Nominalvolumens i. H. v. 35 Mio. € erfolgt in Form von Micro-Hedges, deren Laufzeiten an die Laufzeit des jeweiligen Grundgeschäftes (drei Jahre) gebunden sind. Grund- und Sicherungsgeschäft unterliegen dabei demselben Risiko und unterliegen bei dessen Eintritt gegenläufigen Wertentwicklungen. Für diese Zins Swaps wurden daher Bewertungseinheiten mit den Grundgeschäften gebildet. Die Messung der Effektivität erfolgt nach der Hypothetical-derivative-Methode. Der ineffektive Teil der Bewertungseinheit wird bilanziell berücksichtigt. Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft werden nicht gebucht, soweit sie auf den effektiven Teil der Bewertungseinheit entfallen (Einfrierungsmethode). Die Höhe der mit Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken beträgt 0,2 Mio. €.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Sie werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen.

Namenschuldverschreibungen

Diese sind mit dem Nennwert bilanziert.

Schuldscheinforderungen und Darlehen

Diese werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag wird nach der Effektivzinsmethode bis zum Laufzeitende aufgelöst.

Einlagen bei Kreditinstituten

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit dem Nominalwert angesetzt.

Ermittlung der Zeitwerte von Kapitalanlagen

Die beizulegenden Werte der Anteile an verbundenen Unternehmen werden nach dem Net-Asset-Value-Verfahren festgestellt.

Es wurden außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB in Höhe von 1,7 Mio. € vorgenommen.

Die beizulegenden Werte der Beteiligungen werden nach dem Ertragswert- bzw. Net-Asset-Value-Verfahren festgestellt.

Anhang

Die Zeitwerte der Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen, der Namensschuldverschreibungen sowie der Schuldscheinforderungen und Darlehen werden anhand der Barwertmethode unter Heranziehung von Zinsstrukturkurven ermittelt. Bei strukturierten Produkten mit einfachen Kündigungsrechten werden zusätzlich Volatilitätskurven in die Berechnung einbezogen.

Für die übrigen börsennotierten Kapitalanlagen wird der Börsenkurs am Abschlussstichtag und für die verbleibenden zerlegungspflichtigen strukturierten Produkte wird ein Kurswert auf Grundlage externer Bewertungen angesetzt.

Die Zeitwerte für nicht börsennotierte Anteile an Investmentvermögen werden auf Basis von Rücknahmewerten bestimmt.

Die Zeitwerte der Vorkäufe in Höhe von -2.079,6 Tsd. € ermitteln sich aus der Differenz der Zeitwerte der Inhaberschuldverschreibungen und der Sonstigen Ausleihung zwischen Handelstag der Vorkäufe und dem Bilanzstichtag.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und Sonstige Forderungen

Diese werden zum Nennwert angesetzt.

Für die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft werden für voraussichtlich nicht einbringbare Anteile Einzelwertberichtigungen und aufgrund des allgemeinen Kreditrisikos Pauschalwertberichtigungen nach den Erfahrungswerten der Vorjahre ermittelt und aktivisch abgesetzt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungskosten abzüglich linearer und außerplanmäßiger Abschreibung bewertet. Die planmäßige Abschreibung erfolgt linear über eine Nutzungsdauer von 13 Jahren.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 250 € werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter ab 250,01 € bis 1.000 € werden im Jahr der Anschaffung aktiviert und über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die Vorräte sind mit dem gleitenden Durchschnittspreis bewertet.

Andere Vermögensgegenstände werden mit den Nominalbeträgen angesetzt und resultieren aus der Abwicklung von Wertpapiergeschäften.

Rechnungsabgrenzungsposten

Diese sind mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Unter den Sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten sind Agiobeträge aktiviert und werden auf die Laufzeit verteilt.

Passiva

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Gesellschaft weist keine Rückversicherungsanteile an den versicherungstechnischen Rückstellungen auf.

Beitragsüberträge

Diese sind taggenau, unter Berücksichtigung des Kostenabzugs nach dem BMF-Erlass vom 30.04.1974, berechnet.

Deckungsrückstellung

Diese ist nach der in den Geschäftsplänen festgelegten Methode berechnet worden. Der durchschnittliche Rechnungszins beträgt 1,94 %.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ist auf der Basis der laufenden Geschäftsjahresschäden ermittelt.

Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen ist unter Beachtung des BMF-Schreibens vom 02.02.1973 berechnet.

Rückstellungen für die erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung ist gemäß der geschäftsplanmäßigen Erklärung vom 25.10.1988 und nach § 8 des Poolvertrages zur Pflegepflichtversicherung ermittelt.

Die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung ist für vereinnahmte AMNOG-Rabatte und nach § 150 Abs. 4 VAG gebildet.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Diese umfassen Rückstellungen für zukünftige Rechtsrisiken, welche mit dem erwarteten Streitwert bewertet sind.

Andere Rückstellungen

Der Wertansatz der Steuerrückstellungen und Sonstigen Rückstellungen erfolgt nach dem notwendigen Erfüllungsbetrag.

Andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und Sonstige Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Diese werden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Die einbehaltenen Disagiobeträge sind als Posten der Rechnungsabgrenzung passiviert und werden auf die Laufzeit verteilt.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen Abnahmeverpflichtungen aus Vorkäufen von Inhaberschuldverschreibungen und einer Sonstigen Ausleihung im Volumen von 104,0 Mio. €.

Aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse einschließlich Pfandbestellungen und Sicherungsübereignungen sowie Verbindlichkeiten aus der Begebung von Wechseln und Schecks bestehen nicht.

Aufgrund §§ 221 ff. VAG sind die Krankenversicherer zur Mitgliedschaft an einem Sicherungsfonds verpflichtet. Der Sicherungsfonds erhebt nach der Übernahme der Versicherungsverträge zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge bis zur Höhe von maximal zwei Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen.

Eine Inanspruchnahme der Gesellschaft durch den Sicherungsfonds ist sehr unwahrscheinlich. Seit Gründung des Sicherungsfonds im Jahr 2004 gab es keine finanzielle Notlage eines Krankenversicherungsunternehmens, die eine Übernahme durch den Sicherungsfonds erforderlich machte. Auch aktuell gibt es dafür keine Hinweise.

Krankenversicherungsunternehmen haben durch den regelmäßigen Beitragszahlungsstrom eine sehr gute Liquiditätslage und durch das Recht auf Anpassung der Beiträge die Möglichkeit, in absehbarer Zeit auf externe Veränderungen zu reagieren. Unter Solvabilität II wird regelmäßig nachgewiesen, dass auch in einem 200-Jahres-Stress genügend Eigenkapital

zur Verfügung steht. Dabei weist die Branche eine hohe Überdeckung auf. Aufgrund dessen kann davon ausgegangen werden, dass die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Insolvenzfalls in der Branche sehr gering ist.

Zugehörigkeit zu Konzernen

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung AG ist ein mit der HUK-COBURG-Holding AG, Coburg, verbundenes Unternehmen. Das zu 50 % eingezahlte gezeichnete Kapital befindet sich zu 100 % im Besitz der HUK-COBURG-Holding AG.

Nachzahlungsverpflichtungen bestehen nicht.

Der Jahresabschluss wird in den Konzernabschluss (befreiender Konzernabschluss und Konzernlagebericht) der HUK-COBURG Haftpflicht-Unterstützungs-Kasse kraftfahrender Beamter Deutschlands a.G. in Coburg, Coburg, (HUK-COBURG) einbezogen, welche den Konzernabschluss für den größten und den kleinsten Kreis der Unternehmen aufstellt.

Dieser wird im Unternehmensregister veröffentlicht.

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Immaterielle Vermögensgegenstände und Kapitalanlagen

Entwicklung im Geschäftsjahr 2025 in €	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen*	Bilanzwerte Geschäftsjahr	Zeitwerte
A. Immaterielle Vermögensgegenstände								
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	146.620,90	294.652,50	—	—	—	80.239,02	361.034,38	—
2. Summe A.	146.620,90	294.652,50	—	—	—	80.239,02	361.034,38	—
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen								
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	39.444.352,28	—	—	12.566.750,00	—	1.748.261,06	25.129.341,22	36.635.600,00
2. Beteiligungen	10.844.365,57	—	—	—	—	—	10.844.365,57	17.029.442,68
3. Summe B. I.	50.288.717,85	—	—	12.566.750,00	—	1.748.261,06	35.973.706,79	53.665.042,68

B. II. Sonstige Kapitalanlagen								
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.428.150.691,04	289.754.677,46	—	81.474.802,37	7.012.583,68	40.713.968,30	3.602.729.181,51	3.856.570.996,82
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.067.598.239,41	949.079.512,67	—	345.399.696,89	883.483,63	7.789.999,80	5.664.371.539,02	4.956.469.790,02
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	40.396.807,98	64.458.861,83	—	4.208.542,28	—	—	100.647.127,53	100.830.808,60
4. Sonstige Ausleihungen								
a) Namensschuldverschreibungen	1.772.968.166,85	88.000.000,00	—	67.000.000,00	603.114,20	—	1.794.571.281,05	1.614.201.790,87
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	748.713.533,10	24.660.204,15	—	70.067.206,61	—	—	703.306.530,64	642.557.558,02
5. Einlagen bei Kreditinstituten	—	2.000.000,00	—	—	—	—	2.000.000,00	2.000.000,00
6. Summe B. II.	11.057.827.438,38	1.417.953.256,11	—	568.150.248,15	8.499.181,51	48.503.968,10	11.867.625.659,75	11.172.630.944,33
Insgesamt	11.108.262.777,13	1.418.247.908,61	—	580.716.998,15	8.499.181,51	50.332.468,18	11.903.960.400,92	11.226.295.987,01

* In den Abschreibungen sind außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB in Höhe von 7.790.000 € enthalten.

In den Abschreibungen sind außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB in Höhe von 42.412.976 € enthalten.

Investmentanteile werden über ihrem Zeitwert in Höhe von 386.408.575 € ausgewiesen (Buchwert: 399.171.002 €). Auf eine Abschreibung der Investmentanteile wurde wegen vorübergehender Wertminderung aufgrund Zinsanstieg verzichtet.

Inhaberschuldverschreibungen werden über ihrem Zeitwert in Höhe von 3.896.817.449 € ausgewiesen (Buchwert: 4.629.934.056 €).

Namensschuldverschreibungen werden über ihrem Zeitwert in Höhe von 1.223.432.985 € ausgewiesen (Buchwert: 1.412.500.000 €).

Schuldscheinforderungen und Darlehen werden über ihrem Zeitwert in Höhe von 461.536.262 € ausgewiesen

(Buchwert: 524.819.283 €). Auf eine Abschreibung der Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen und

Schuldscheinforderungen und Darlehen wurde wegen Ablafrückzahlung zum Nominalwert verzichtet.

Aktiva

B. Kapitalanlagen

I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

1. Anteile an verbundenen Unternehmen

(mittelbare und unmittelbare Besitzanteile i. S. d. § 285 Nr. 11 HGB)

	Anteil am Kapital %	Eigenkapital €	Ergebnis des Geschäftsjahres €
HC Immobiliengesellschaft Essen 1 GmbH & Co. KG, Coburg	60,00 %	19.352.345	414.385
HC Gateway Gardens GmbH & Co. KG, Coburg	30,00 %	41.448.765	1.911.704
HC Immobiliengesellschaft Hannover mbH & Co. KG, Coburg	42,84 %	2.301.703	2.031.676

II. Sonstige Kapitalanlagen

1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Gesellschaft hielt Anteile an Investmentvermögen im Sinne des § 1 Abs. 10 KAGB bzw. vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen von mehr als 10 %. Hierunter befanden sich keine Anteile an Investmentvermögen, bei denen die Rücknahme der Anteile ausgesetzt wurde. Rentenfondsanteile wiesen dabei einen Marktwert von 1.963,7 Mio. € und stille Reserven von 76,3 Mio. € auf.

Für das Berichtsjahr erfolgten Ausschüttungen in Höhe von 50,4 Mio. €. Der Marktwert der Dachfondsanteile von 764,5 Mio. € lag mit 103,4 Mio. € über dem Buchwert. Für 2025 wurden Ausschüttungen in Höhe von 13,6 Mio. € vorgenommen. Hinsichtlich der Aktienfondsanteile ergaben sich bei den Marktwerten von 85,8 Mio. € stille Reserven in Höhe von 18,4 Mio. €. Für 2025 wurden 1,9 Mio. € ausgeschüttet. Der Marktwert der betreffenden Immobilienfonds von 826,5 Mio. € lag mit 12,6 Mio. € über dem Buchwert.

Die Ausschüttungen für 2025 beliefen sich auf 29,9 Mio. €. Für gemischte Fonds entsprach der Marktwert in Höhe von 25,5 Mio. € gleich dem Buchwert. Ausschüttungen für 2025 wurden in Höhe von 1,5 Mio. € getätigt.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Agio auf Namensschuldverschreibungen	15.570.754
--------------------------------------	------------

Passiva

A. Eigenkapital

I. Eingefordertes Kapital

1. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 66.000.000 € und ist eingeteilt in 66.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien von je 1 €.

II. Kapitalrücklage

Im Geschäftsjahr gab es keine Zuführung in die Kapitalrücklage.

III. Gewinnrücklagen

2. andere Gewinnrücklagen

Der Jahresüberschuss des Vorjahres in Höhe von 3.900.000 € wurde in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Von der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurden Regressforderungen in Höhe von 1.227.603 € abgesetzt.

Aus der Vorjahresreserve ergab sich ein Abwicklungsgewinn von 37.641.917 €, der im Wesentlichen aus der Krankheitskostenvollversicherung resultiert.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

Disagio auf Namensschuldverschreibungen	3.454.927
-----------------------------------------	-----------

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. a) Gebuchte Bruttobeiträge

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	laufende Beiträge €	Einmal- Beiträge €	laufende Beiträge €	Einmal- Beiträge €
Krankheitskostenvollversicherungen	1.316.146.069	—	1.250.140.265	—
Krankentagegeldversicherungen	19.742.441	—	21.829.280	—
Krankenhaustagegeldversicherungen	5.466.422	—	5.674.268	—
Krankheitskostenteilversicherungen	217.581.953	—	204.460.734	—
Ergänzende Pflegezusatzversicherung	34.288.666	—	31.599.532	—
Pflegepflichtversicherung	240.575.371	—	237.803.246	—
Geförderte Pflegevorsorgeversicherung	16.035.812	—	15.376.010	—
Beihilfeablöseversicherung	29.321.164	—	32.608.888	—
Auslandsreisekrankenversicherung	—	27.436.411	—	26.060.475
	1.879.157.897	27.436.411	1.799.492.222	26.060.475

Bei den gebuchten Beiträgen handelt es sich um Einzelbeiträge. Auf den Beitragszuschlag nach § 149 VAG entfallen Beiträge in Höhe von 59.380.265 €, die ausschließlich die Krankheitskostenvollversicherung betreffen.

Zahl der versicherten natürlichen Personen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
Krankheitskostenvollversicherungen	428.562	426.532
Krankentagegeldversicherungen	71.286	73.678
Krankenhaustagegeldversicherungen	103.724	103.267
Krankheitskostenteilversicherungen	735.373	701.084
Ergänzende Pflegezusatzversicherung	53.965	53.004
Pflegepflichtversicherung	450.025	449.230
Geförderte Pflegevorsorgeversicherung	17.134	17.564
Beihilfeablöseversicherung	13.301	14.786
Auslandsreisekrankenversicherung	2.464.760	2.248.057
Insgesamt*	1.246.730	1.212.016

* Ohne Auslandsreisekrankenversicherung und Beihilfeablöseversicherung

2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Beiträge aus der erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung	15.405.411	50.728.672
Beiträge aus der erfolgsunabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung	6.709.738	4.679.940
	22.115.149	55.408.612

Von den Beiträgen aus der erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung entfallen 13.311.586 € auf die Krankheitskostenvollversicherungen, 11.699 € auf die Krankentagegeldversicherungen, 1.261 € auf die sonstige selbstständige Teilversicherungen, 53.725 € auf die Pfl egetagegeldversicherungen und 2.027.139 € auf die Geförderte Pflegevorsorgeversicherung.

Die Beiträge aus der erfolgsunabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von 6.709.738 entfallen vollständig auf die Krankheitskostenvollversicherung.

3. Erträge aus Kapitalanlagen

Aus Abgängen von Kapitalanlagen sind aufgrund von Währungsumrechnung Erträge in Höhe von 589.636 € (Vorjahr: 75.260 €) entstanden.

6. a) Veränderung der Deckungsrückstellung

In der Zuführung zur Deckungsrückstellung ist eine Direktgutschrift in Höhe von 39.090.798 € gemäß § 150 Abs. 2 VAG enthalten.

Im Geschäftsjahr sind 10.369.844 € (Vorjahr: 2.870.769 €) Übertragungswerte eingegangen und 2.587.940 € (Vorjahr: 2.566.584 €) Übertragungswerte abgegangen.

7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung

Im Geschäftsjahr wurden die im Zusammenhang mit Art. 11a AMNOG erzielten Rabatte in Höhe von 5.557.900 € (Vorjahr: 6.465.734 €) direkt der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung zugeführt.

9. Aufwendungen für Kapitalanlagen

Aus Abgängen von Kapitalanlagen sind aufgrund von Währungsumrechnung Aufwendungen in Höhe von 1.950.165 € (Vorjahr: 38.551 €) entstanden.

Zerlegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und Betrag gemäß § 150 VAG

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	davon	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	Sonstiges
		Poolrelevante RfB aus der PPV	Betrag gemäß § 150 Abs. 4 VAG	
	€	€	€	€
1. Bilanzwerte Vorjahr	219.162.895	82.906.348	2.035.829	13.175.473
2. Entnahme zur Verrechnung	15.405.411	—	—	6.709.738
2.1 Verrechnung mit Alterungsrückstellungen	12.722.749	—	—	6.709.738
2.2 Verrechnung mit laufenden Beiträgen	2.682.662	—	—	—
3. Entnahme zur Barausschüttung	47.136.200	—	—	—
4. Zuführung	73.298.747	42.981.556	—	5.557.900
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	229.920.032	125.887.904	2.035.829	12.023.635
6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahres gemäß § 150 VAG: 39.090.798 €				

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Versicherungsgeschäft	9.366.489	8.894.802
Aufwendungen insgesamt	9.366.489	8.894.802

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung
1. Sonstige Erträge

Die Erträge aus Währungsumrechnung betragen 1.149 € (Vorjahr: 115.557 €).

2. Sonstige Aufwendungen

Die Aufwendungen aus Währungsumrechnung betragen 48 € (Vorjahr: 19.791 €).

Sonstige Angaben

Personalbericht

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung AG beschäftigt keine eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Organe**Aufsichtsrat**

Prof. Dr. Heinrich R. Schradin	Professor im Institut für Versicherungswissenschaft an der Universität zu Köln, Köln, Vorsitzender
Dr. Edmund Schwake	stv. Vorstandsvorsitzender der Wüstenrot & Württembergische AG i. R., Weissach, stv. Vorsitzender
Thomas Bechtle	Gesamtbetriebsratsvorsitzender der HUK-COBURG, Laatzten
Silvia Bernreuther	Betriebsratsvorsitzende der HUK-COBURG, Coburg
Henrik Falk	Vorstandsvorsitzender der Berliner Verkehrsbetriebe, Berlin
Dr. Michael Pickel	Vorstandsvorsitzender der E+S Rückversicherung AG i. R., Hannover, seit 27.06.2025
Barbara Saunier	Geschäftsführerin der Beiersdorf Shared Services GmbH i. R., Dahme, bis 27.06.2025
Prof. Dr. Meike Tilebein	Universitätsprofessorin an der Universität Stuttgart, Leinfelden-Echterdingen
Prof. Dr. Michaela Völler	Professorin im Institut für Versicherungswesen an der TH Köln, Köln
Adrian Zinke	stv. Betriebsratsvorsitzender der HUK-COBURG, Niederfüllbach

Vorstand

Klaus-Jürgen Heitmann	Sprecher
Stefan Gronbach	
Dr. Hans Olav Herøy	bis 31.12.2025
Dr. Degenhard Meier	seit 01.09.2025
Dr. Helen Reck	
Dr. Jörg Rheinländer	
Thomas Sehn	
Daniel Thomas	

Der Aufsichtsrat erhielt 100.500 € und der Beirat 40.950 €.

Übrige Angaben

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung ist Gründungsmitglied des mildtätigen Vereins HUK hilft e. V. Ziel dieses durch die HUK-COBURG mit ausgewählten Tochter- und Enkelgesellschaften gegründeten Hilfsfonds ist die finanzielle Unterstützung von Personen, die in eine ihre Existenz gefährdende Notlage geraten sind.

Die HUK-COBURG-Krankenversicherung fällt aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit zum HUK-COBURG-Konzern grundsätzlich in den Anwendungsbereich der OECD-Modellregelungen für die globale Mindestbesteuerung (GloBE). Aufgrund der für den Konzern anwendbaren Übergangsregelung wegen untergeordneter internationaler Tätigkeit nach § 83 MinStG fällt für die in Deutschland belegene Gesellschaft keine aus der GloBE resultierende zusätzliche Steuerbelastung an.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.



Anhang

Vorschlag für die Gewinnverwendung

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn (= Jahresüberschuss) des Jahres 2025 in Höhe von 12.500.000 € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Bestätigung des Jahresabschlusses

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der vorgelegte Jahresabschluss der HUK-COBURG-Krankenversicherung AG gemäß den geltenden Rechnungslegungsgrundsätzen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft darstellt.

Coburg, den 3. März 2026

Der Vorstand

Heitmann

Gronbach

Dr. Meier

Dr. Reck

Dr. Rheinländer

Sehn

Thomas

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die HUK-COBURG-Krankenversicherung AG, Coburg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der HUK-COBURG-Krankenversicherung AG, Coburg, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der HUK-COBURG-Krankenversicherung AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- ① Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen
- ② Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- ① Sachverhalt und Problemstellung
- ② Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- ③ Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

① **Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen**

- ① Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden Sonstige Kapitalanlagen in der Bilanz in Höhe von € 11.867.625.660 (98,5 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Die handelsrechtliche Bewertung der einzelnen Kapitalanlagen richtet sich nach den Anschaffungskosten und dem niedrigeren beizulegenden Wert bzw. deren Zeitwert.
- Nach § 341b Abs. 2 Satz 1 HGB können gewisse Kapitalanlagen von Versicherungsunternehmen, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet werden. In diesem Fall werden außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen (gemildertes Niederstwertprinzip) und nur vorübergehende Wertminderungen als stille Lasten in Folgejahre vorgetragen. Eine Bestimmung als dauernd dem Geschäftsbetrieb dienend setzt eine Dauerhalteabsicht und -fähigkeit für diese Kapitalanlagen voraus.
- Zur Ermittlung des beizulegenden Werts bzw. Zeitwerts wird – soweit vorhanden – der Marktpreis der jeweiligen Kapitalanlage herangezogen. Bei Kapitalanlagen, deren Bewertung nicht auf Basis von Börsenpreisen oder sonstigen Marktpreisen erfolgt, insbesondere bei den Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und Darlehen, besteht aufgrund der Notwendigkeit der Verwendung von Modellberechnungen, insbesondere mittels Barwert-Methode unter Heranziehung von Zinsstrukturkurven, ein erhöhtes Bewertungsrisiko.
- In diesem Zusammenhang sind von den gesetzlichen Vertretern Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen zu treffen. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen haben.

Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung der Sonstigen Kapitalanlagen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft, des Umfangs der in Folge des gemilderten Niederstwertprinzips vorgetragenen stillen Lasten sowie der Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

- ② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Sonstigen Kapitalanlagen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Spezialisten für Kapitalanlagen die von der Gesellschaft verwendeten Modelle, insbesondere die Barwert-Methode unter Heranziehung von Zinsstrukturkurven und die von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unsere Bewertungsexpertise für Kapitalanlagen, unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie berücksichtigt.
- Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen und Erfassung des Ergebnisses aus Sonstigen Kapitalanlagen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen vorgenommen. Dabei haben wir die Bewertung der Wertpapiere, die mit Markt- oder Börsenpreisen bewertet werden, nachvollzogen. Bei den modellbasierten Bewertungen haben wir die Zuordnung der Rendite-Bewertungskurven zu den einzelnen Wertpapieren in Stichproben überprüft und die Höhe der Renditesätze anhand vergleichbarer Wertpapiere plausibilisiert.
- Wir haben unter anderem auch die zugrunde liegenden Wertansätze und deren Werthaltigkeit anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzung überprüft. Hinsichtlich der Beurteilung vorhandener stiller Lasten haben wir gewürdigt, inwiefern die Voraussetzung zur Dauerhalteabsicht und -fähigkeit vorlagen und vorhandene Wertminderungen nicht von Dauer sind.
- Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen begründet und hinreichend dokumentiert sind.
- ③ Die Angaben der Gesellschaft zur Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen sind im Anhang im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ sowie in den Bilanzerläuterungen zu den „Aktiva“ enthalten.

② **Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen**

- ① Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter den Bilanzposten Deckungsrückstellung, Rückstellung für Beitragsrückerstattung und Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle versicherungstechnische Rückstellungen in Höhe von insgesamt € 11.689.063.985 (97,1 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Versicherungsunternehmen haben versicherungstechnische Rückstellungen insoweit zu bilden, wie dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen sicherzustellen.
- Dabei sind neben den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften auch eine Vielzahl an aufsichtsrechtlichen Vorschriften über die Berechnung der Rückstellungen zu berücksichtigen. Die Festlegung von Annahmen zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen verlangt von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft neben der Berücksichtigung der handels- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine Einschätzung zukünftiger Ereignisse und die Anwendung geeigneter Bewertungsmethoden. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen haben.
- Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung dieser Rückstellungen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft, der Komplexität der anzuwendenden Vorschriften und der zugrunde liegenden Berechnungen sowie der Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.
- ② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der versicherungstechnischen Rückstellungen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Bewertungsspezialisten die von der Gesellschaft verwendeten Methoden und von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie anerkannte Methoden berücksichtigt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Ermittlung und Erfassung von versicherungstechnischen Rückstellungen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen vorgenommen. Wir haben unter anderem auch die der Berechnung des Erfüllungsbetrags zugrunde liegenden Daten mit den Basisdokumenten abgestimmt. Damit einhergehend haben wir die berechneten Ergebnisse der Gesellschaft zur Höhe der Rückstellungen anhand der anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden überprüft.
- Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen begründet und hinreichend dokumentiert sind.
- ③ Die Angaben der Gesellschaft zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen sind im Anhang im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ sowie in den Bilanzerläuterungen zu dem Bilanzposten „Passiva, B. Versicherungstechnische Rückstellungen“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den Bericht über das Geschäftsjahr 2025 – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 27. Juni 2025 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 18. September 2025 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2017 als Abschlussprüfer der HUK-COBURG-Krankenversicherung AG, Coburg, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Marcel Rehm.

Nürnberg, den 5. März 2026

PricewaterhouseCoopers GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Marcel Rehm
Wirtschaftsprüfer

ppa. Anna Seifert
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die laufende Geschäftsführung des Vorstandes intensiv überwacht und sich in fünf Sitzungen mit dem Vorstand beraten. Der Aufsichtsrat wurde vom Vorstand regelmäßig über die Geschäftslage und über andere aktuelle Entwicklungen informiert und hat sich in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft angemessen einbinden lassen. Darüber hinaus standen der Vorsitzende des Aufsichtsrates und der Vorstand in laufendem Kontakt zu wesentlichen Fragestellungen.

Der Aufsichtsrat hat einen Prüfungsausschuss. Dessen Aufgaben und Befugnisse sowie die Rechte und Pflichten seiner Mitglieder ergeben sich aus den gesetzlichen Bestimmungen. Der Prüfungsausschuss ist im Berichtsjahr zu fünf Sitzungen zusammengekommen. Über die Arbeit im Ausschuss wurde der Aufsichtsrat regelmäßig und eingehend unterrichtet.

Der Aufsichtsrat hat sich beim Vorstand regelmäßig und umfassend über relevante Fragen der Strategie und der Geschäftsentwicklung informiert. Dies schloss die zeitnahe Unterrichtung über die Risikolage und das Risikomanagement ein. Im Mittelpunkt der Beratungen des Aufsichtsrates standen Fragen des Wettbewerbs, der Produktgestaltung, des Vertriebs und der Umsatz-, Kosten- und Ertragsentwicklung.

Besonders intensiv hat sich der Aufsichtsrat mit den volatilen Entwicklungen auf den Versicherungs- und Kapitalmärkten sowie den Änderungen der regulatorischen Anforderungen und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft beschäftigt. Die Solvabilitätssituation unter Solvabilität II stand ebenfalls im Blickpunkt. Außerdem hat sich der Aufsichtsrat intensiv mit der strategischen und operativen Unternehmensplanung sowie der mittelfristigen Unternehmensentwicklung befasst. Die wesentlichen Projekte und Vorhaben hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand berichten lassen und umfassend behandelt.

Der Aufsichtsrat hat die wesentlichen Themen ausführlich im Plenum diskutiert und beurteilt sowie Geschäfte, die seiner Zustimmung bedürfen, vor der Beschlussfassung eingehend beraten.

Der Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und der Lagebericht 2025 sind von der zum Abschlussprüfer bestellten

PricewaterhouseCoopers GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,

Frankfurt am Main, Niederlassung Nürnberg,

geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Abschlussprüfer hat dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.

Der Prüfungsbericht hat dem Aufsichtsrat rechtzeitig vorgelegen. Der Aufsichtsrat hat nach Vorbereitung durch den Prüfungsausschuss und unter Berücksichtigung des Prüfungsberichts den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht geprüft und diesen festgestellt.

Der Aufsichtsrat schließt sich dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes an und empfiehlt der Hauptversammlung, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG und den vom Abschlussprüfer darüber erstellten Prüfungsbericht vorgelegt. Der Prüfungsbericht ist mit dem folgenden Bestätigungsvermerk versehen:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind und
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Vorstandes geprüft und den hierzu erstatteten Bericht des Abschlussprüfers zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung erhebt der Aufsichtsrat gegen die Erklärung des

Vorstandes am Schluss des Berichts über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen keine Einwendungen.

Auch für das Jahr 2025 hat der Aufsichtsrat in Übereinstimmung mit seiner Geschäftsordnung die Effizienz seiner Tätigkeit überprüft und die Ergebnisse im Plenum diskutiert.

In der Besetzung des Aufsichtsrates hat es 2025 Veränderungen gegeben. Barbara Saunier ist aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden, Dr. Michael Pickel wurde neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand, den Leitenden Angestellten und allen Mitarbeitenden für die im Geschäftsjahr 2025 geleistete Arbeit.

Coburg, den 20. März 2026

Der Aufsichtsrat

Prof. Dr. Heinrich R. Schradin, Vorsitzender